

# Commerz

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.  
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Er scheint alle 14 Tage Sonntags. Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 Mk. Vorzugspreis: Nr. 1658. Verantw. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.	Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus, Engel-Hier 15. Telefon: Amt VII, 8848. Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm., Sonntags gesch. Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.	Annoncen: die 8 gespaltene Zeile 40 Pf. Im Abonnement entsprechender Rabatt. Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.
--	--	--

Nr. 6.

Berlin, den 16. März 1902

6. Jahrg.

## Schutzvorschriften heraus!

Beste Kutscherfrage, sicher wirkende Bremsen, das ist gegenwärtig die Parole, die unter den Führern und Kutschern allerorts auf der Tagesordnung steht. Es handelt sich dabei um so selbstverständliche Dinge, daß es gar nicht notwendig sein müßte, erst eine Agitation dafür zu entfalten. Aber alles was für den gewöhnlichen Vernunftmenschen für selbstverständlich gilt, ist noch lange nicht selbstverständlich bei unseren Arbeitgebern, den Führern. Das ist eine ganz eigene Sorte von Menschen, deren Verständnis für bestimmte Dinge nicht von der Funktionsfähigkeit ihres Gehirns, sondern lediglich von ihrem Geldbeutel abhängt. Sie haben stets ein warmes Herz für ihre Leute, wenn die Sache nichts kostet, sollen sie aber nur ein paar Pfennige für die körperliche Sicherheit der Kutscher ausgeben, dann ist es aus mit dem warmen Herzen und nur die weniger warmen Köpfe wachen im Dienste des dreimalheiligen Geldsacks. Laufende und aber Laufende von Kutschern und Führern sind verunglückt und ebensovielen Familien ins Elend gestürzt, lediglich, weil die Interieurier es verabsäumt haben, die nötigen Schutzvorrichtungen an ihren Transportwagen anbringen zu lassen. Aber all das angerichtete Unglück und Elend haben die Führer nicht verspürt, es hat nur ihre Kutscher oder, wie sich viele der Herren heute noch auszudrücken belieben, ihre „Knechte“ betroffen und für diese ist noch immer Ertrag dagewesen. Wären die „Herren“ die Folgen ihrer unverantwortlichen Schlamperei und Nachlässigkeit an eigener Seibe, an den eigenen Knochen verspürt, dann, ja dann wäre schon längst gründliche Abhilfe geschaffen worden. Für sich sind die Führer stets sehr besorgt, da wissen sie sogar die Interessen des Thronen zu erreichen, da wissen sie die Befehlsgebung zu beeinflussen, aber wenn es sich um ihre Arbeiter, um jene Leute handelt, die den herrschaftlichen Tag aus Tag ein das Brot verdienen müssen, dann hat man für diese nur leere, höhlende Phrasen und Versprechungen die niemals gehalten werden. Tagtäglich bringen die Führer immer mehr Beweise, wie es eigentlich mit ihrer vielgerühmten Humanität ihren Arbeitern gegenüber bestellt ist. Diese Beweise zeigen den Klaffen gegenüber, der zwischen Unternehmern und Arbeitern trotz aller Ablehnungen besteht, die unaussprechliche Lust, die überdrückende Lust, die beider Interessen von einander scheidet. Und deshalb sind alle diejenigen Kutscher und Führer, die noch immer auf Hilfe von Seiten der Unternehmer hoffen, recht bedauerenswerte Thoren und in ihrem unbereiflichen Vertrauen auf diese die Wahrnehmung ihrer Interessen vernachlässigen oder gar unterlassen. Wenn die Führer nicht bloße Schwadroniere wären, die ihren Kutschern nur blauen Dunst vormachen, dann müßten sie einer so selbstverständlichen Sache gegenüber, wie es die Einführung fester Kutscherfrage und sicher wirkender Bremsen ist, sich nur entgegenkommend verhalten.

Wir leben heute nicht mehr in der Zeit, in der der Fuhrman gemäßlich und unbehindert seine Straße zog, in der Zeit, wo es schließlich auch nichts schadete, wenn der Kutscher auf seinem Wagen mal ein Schläfchen riskierte, diese Zeit ist längst vorüber. Damals mögen feste Kutscherfrage und sicher wirkende Bremsen Luxusgegenstände gemein sein, die sich nicht jeder Fuhrman leisten brauchte. Heute, im zwanzigsten Jahrhundert, der Zeit des nervösen Hastens und Jagens nach Profit, der Zeit des Dampfzesses, der elektrischen Straßenbahnen und der Automobile ist es anders, aber auch ganz anders geworden. Die Fugel straff in der Hand darf der Kutscher kein Auge von seinen Pferden, seinem Wagen wenden und muß dabei auch noch die Ohren steif halten, um zu hören, was neben und hinter ihm

vorgeht. Eine Sekunde Nachsicht und ein Unglück ist geschehen, ein Unfall passiert, der dem Gespannführer nicht nur seine geliebten Knochen, sondern auch noch Monate hinter schwebende Garbinen kosten kann. Hier ist es daher notwendig, daß der Kutscher sich ihm soviel Anhalt bietet, um sich unter allen Umständen auf dem Wagen halten zu können und daß er über eine Bremsvorrichtung verfügt, mit der er den Wagen sicher und schnell hemmen kann. Nicht nur des Gespannführers Gesundheit und Leben schützen derartige Vorrichtungen, sondern auch Pferd und Wagen. Der Materialschaden, der in Folge Fehlens der erwähnten Schutzvorrichtungen angerichtet wird, ist entschieden größer, als die Kosten, die jene Vorrichtungen verursachen. Das wollen aber unsere Führer nicht begreifen.

Den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend, sah sich unsere Organisation veranlaßt, wiederholt die örtlichen Polizeibehörden zu ersuchen, durch verkehrspolizeiliche Bestimmungen die Führer zu zwingen, die angeführten Schutzvorrichtungen an den Wagen anbringen zu lassen. Dies ist, wie wir bereits wiederholt in diesem Blatte erörtert, bisher in Hamburg und Berlin geschehen. Da die Notwendigkeit für die Einführung fester Sitze und Bremsen aber auch in allen anderen Orten Deutschlands, besonders aber für den Verkehr in größeren Städten vorliegt, so muß die Agitation dafür auch überall entfaltet werden. Es dürfte aber sehr lange dauern, bis die örtlichen Polizeibehörden überall zu dem Entschlusse gelangen, gleiche Bestimmungen ihren verkehrspolizeilichen Vorschriften einzufügen.

Es besteht ferner wohl mit Recht die Befürchtung, daß einzelne Behörden mehr oder minder sich von den Fuhrunternehmern beeinflussen lassen könnten, — bei der Zusammensetzung der örtlichen Gemeinderaths-Kollegien, die meist die Polizeigewalt in ihrer Hand haben, scheint dies durchaus nicht ausgeschlossen — und daß dann die Vorschriften sehr verwaschert oder erst nach langen Einführungskrisen in Kraft treten. Dem zu begegnen ist seitens unseres Verbandes noch ein anderer Weg gewählt worden, um das Ziel eher und sicherer zu erreichen. Der Verband wandte sich in nächstehender Eingabe an das Reichsversicherungsamt, um dasselbe zu veranlassen, die in Betracht kommenden Berufsvereinigungen anzuweisen, die betreffenden Bestimmungen in ihre Unfallverhütungsvorschriften aufzunehmen.

### An das Reichsversicherungsamt!

Mit Gegenwärtigem erlaube mir uns, dem Reichsversicherungsamt eine Sache zu unterbreiten, die der Untersuchungen Ansicht nach von weittragender Bedeutung für die Unfallverhütung ist.

Die Entwicklung des Verkehrs, besonders in den Großstädten hat im letzten Jahrzehnt große Dimensionen angenommen. Die Einführung der elektrischen Straßenbahnen hat wesentlich dazu beigetragen, den Verkehr des Kutschers und Fuhrmanns zu einem sehr gefährlichen zu gestalten. Es stellt sich daher immer mehr die Notwendigkeit heraus, Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeiter des Transport- und Verkehrsgewerbes gegen die sie bedrohenden Gefahren nach Möglichkeit zu schützen. Andererseits muß auch das die Straßen benutzende Publikum gegen die inneren Gefahren des sich stärker entwickelten Verkehrs geschützt werden. Das königliche Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen in Berlin hat im Jahre 1900 allein 2180 Unglücksfälle — herbeigeführt durch Ueberfahren — registriert.

Die Berichte der Fuhrwerksberufsgenossenschaften konstatieren, daß durch Ueberfahren in den Jahren 1897 584, 1898 637, 1899 640, 1900 615 entsehbare Unfälle herbeigeführt sind. Diese Zahlen demonstrieren deutlich die Notwendigkeit besserer Schutzvorkehrungen.

Seitens der verkehrspolizei verschiedener Städte, so Hamburg und Berlin, sind in letzter Zeit Bestimmungen erlassen worden, welche geeignet sind, den Zweck, einen besseren Schutz des Gespannführers und der Straßen-

passanten herbeizuführen, zu erreichen. Die diesbezügliche Polizeiverordnung für Berlin, welche am 1. April 1902 in Kraft tritt, lautet in ihren wesentlichen Theilen:

„Jedes durch Zügelherg bewegte Fuhrwerk muß mit einem festen Kutscherfrage versehen sein, von dem aus der Führer freie Aussicht nach allen Seiten hat.“

„Last-, Arbeits- und Geschäftswagen, sowie die zur Beförderung einer größeren Anzahl von Personen bestimmten Fuhrwerke müssen mit einer schnell und sicher wirkenden Bremse ausgestattet sein, welche derart anzubringen ist, daß sie der Führer während der Fahrt von seinem Platze aus leicht und bequem betätigen kann, ohne seine Aufmerksamkeit von dem Straßenverkehre ablenken zu müssen.“

Fuhrwerke, an denen sich eine Bremse nicht derart anbringen läßt, daß sie vom Kutscherfrage aus zu betätigen ist (Langholz- oder andere Spezialwagen), müssen von einer zweiten Person begleitet werden, welche die Bremse zu bedienen hat.“

Diese Bestimmungen sind unserer Ansicht nach recht wohl geeignet, eine wesentliche Verminderung der Unglücksfälle im Straßenverkehre herbeizuführen.

Das Gleiche ist von den Unfallverhütungsvorschriften der Fuhrwerks- und der Lagerer- Berufsvereinigungen nicht zu sagen.

Erstere bestimmt in ihren Unfallverhütungs-Vorschriften nur:

„Wagen, deren Ladung dem Kutscher keinen sicheren Sitz bietet, müssen einen besonderen Sitz mit festem Trittbrett und Rücken sowie Seitenlehnen haben. Jeder Lastwagen muß in bergigen Gegenden und Städten mit einer mitreißbaren, jeder Zeit gebrauchsfähigen Bremse bezw. Hemmvorrichtung versehen sein.“ Die von uns bereits angeführte große Zahl der Unfälle beweist, daß diese Vorschriften bei der heutigen Ausdehnung des Verkehrs und besonders angelehnt der Einführung der elektrischen Straßenbahnen und der Automobile nicht mehr genügen.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands richtet deshalb im Auftrage seiner Mitglieder an das wohlthätige Reichsversicherungsamt die Bitte:

Das Reichsversicherungsamt wolle die Fuhrwerks- und die Lagerer- Berufsvereinigungen anweisen, im eigenen Interesse und im Interesse der im Fuhrwerksberufe Thätigen die in der beregten Berliner Polizei-Verordnung enthaltenen Vorschriften, betreffend die Schaffung fester Kutscherfrage und sicher wirkender Bremsen, wortgetreu in die Unfallverhütungsvorschriften aufzunehmen.

Der unterzeichnete Verband sieht sich ferner veranlaßt, gegen die Section 4 der Fuhrwerksberufsgenossenschaft Beschwerde beim Reichsversicherungsamt, als der überwachenden Behörde der Berufsvereinigungen, zu erheben.

Der Vorstand dieser Section hat sich in der Person des Vorsitzenden, Herrn Beck, erlaubt, bei den maßgebenden Behörden gegen das baldige Inkrafttreten der beregten Berliner Polizei-Verordnung im Namen der Berufsvereinigungen vorstellig zu werden. Die Sectionslitung hat damit direkt gegen die Aufgaben der Berufsvereinigungen, wie diese von der Befehlsgebung festgelegt sind, gehandelt, indem sie das Inkrafttreten von Vorschriften die wesentlich geeignet sind, Unfälle zu verhüten, zu vereiteln verurtheilt.

Wir ersuchen daher das wohlthätige Reichsversicherungsamt, die Leitung der Section 4 der Fuhrwerksberufsgenossenschaft dahingehend zu rectifizieren, daß es nicht inkraftt sein kann, sozialpolitische Einrichtungen, die zum Nutzen der Allgemeinheit geschaffen sind, zur Vertretung privater Interessen zu mißbrauchen.

Ferner ersuchen wir das Reichsversicherungsamt gütigst dafür Sorge zu tragen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen können.

Um geneigte Berücksichtigung dieser Eingabe nochmals höflichst ersuchend, zeichnet

Hochachtungsvoll

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Der Centralvorstand.

Berlin, 14. März 1902.

Wir rechnen nun freilich nicht darauf, daß, falls die betreffenden Bestimmungen wirklich Aufnahme in die Unfallverhütungsvorschriften finden, die ver-

langten Schutzmaßregeln auch ungesäumt zur Ausführung gebracht werden. Immerhin ist aber unseren Kollegen dann eine Handhabe gegeben, um gegen die Nachlässigkeit der Führer vorzugehen und sie für ihre Schlampelei verantwortlich zu machen. Die Unternehmer werden freilich auch gegen die Anbringung fester Sitze und starrer Bremsen Himmel und Hölle in Bewegung setzen, die Aufgabe unserer Organisation muß es sein, daß diese Bestrebungen der Führer zu Schanden werden.

Daß die Sache der Organisation noch ziemlich Arbeit bringen wird, dafür deuten auch Anzeichen, die in der letzten Zeit vorgekommen sind. Kürzlich kam im Chemnitzer Stadtvorordneten-Kollegium die Petition unserer Kollegen auf Einführung entsprechender verkehrspolizeilicher Bestimmungen zur Verhandlung. Ueber ihre Erledigung schreiben die dortigen Tagesblätter:

Die unseren Lesern bekannte Petition der Geschäftsführer und Führer wird dem Vorschlag des Verfassungsausschusses gemäß dem Polizeiamt zur thunlichen Berücksichtigung überwiesen. Der Berichterstatter theilt mit, daß dieselbe Petition auch dem Rathe zugegangen und von diesem dem Polizeiamt überwiesen worden ist, daß er seinerseits auch bereits Erkundigungen in anderen Städten über einzelne Punkte der Petition eingeholt hat. Wenn auch durch dieselben die Angaben in der Petition nur theilweise bekräftigt würden, müßte trotzdem die Petition als berechtigt anerkannt werden; deshalb sei es wünschenswert, schon im Interesse des öffentlichen Verkehrs, wenn das Polizeiamt den Wünschen der Petenten Rechnung tragen wollte.

Das ist zwar sehr wenig, aber wir werden halt nachhelfen.

Die Berliner Führer-Innung scheint nicht viel Vertrauen darauf zu haben, daß ihre Eingabe an den Kaiser Berücksichtigung findet. Sie macht sich vielmehr auf einen erbitterten Kampf gefaßt und will die neue Berliner Polizeiverordnung resp. deren Gültigkeit im Verwaltungsstreitverfahren anfechten. Die Führer-Innung hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Innungs-Vorstand wird ersucht, die Rechte der Mitglieder energisch zu wahren und mit dem Syndikus der Innung die notwendigen Wege einzuschlagen. Zur Deckung der entstehenden Kosten werden dem Vorstände, vorbehaltlich weiterer Bewilligungen, zunächst 1000 Mk. aus dem Innungsvermögen zur Verfügung gestellt.

Dazu haben die Herren also Geld. Wir können daraus ersehen, wie weit das Gejammer über die schlechten Erwerbsverhältnisse der Führer an auf Wahrheit beruht.

Wir sehen, daß die Führer-Innung Geld hat, wenn es gilt, gegen Verordnungen zu protestieren, die den Zweck haben, die Gesundheit und das Leben der Transportarbeiter zu schützen, während sie andererseits arm wie Hob ist, wenn sie mit geringen Kosten Schutzvorrichtungen einführen soll.

Wir danken den Herrschaften dafür, daß sie sich mal in ihrem wahren Lichte gezeigt und uns dadurch Gelegenheit gegeben haben, den Feuchlern die Nase vom Gesichte zu reißen und den Klüßlern und Führleuten zu zeigen, auf welcher Wasse ihre Herren geschmiedet sind. Der Kampf, den die Herren kämpfen, kann nur ein Schluppschlag sein und je weniger sie jetzt Vernunftsprüden zugänglich sind, desto schlimmer wird schließlich ihre Niederlage sein. Den Herren nur noch eins im Notizbuch: Unser Verband wird nicht eher ruhen, bis zum Schutze der Gespannführer und der Straßenpassanten feste Kulscherstige und sicher wirkende Bremsen in allen Orten Deutschlands auf allen Fuhrwerken angebracht sind.

Die deutschen Transportarbeiter, die Fuhrleute und Kulscher in Stadt und Land, werden daraus dann ersehen, daß nicht die Führer der Arbeiter Interessen wahrnehmen, sondern daß lediglich die Organisation, der Verband es ist, der sich der Kulscher rücksichtslos und unerschrocken annimmt, und sie werden sich diesem Verbands, dem Kämpfer für ihr Wohlergehen, in Scharen anschließen, um sich sodann mit dessen Hilfe bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, wenn es nicht anders geht, zu erzwingen.

**Ajchers Gründung.**

„Ich bin kein Kömmling, ich bin kein Slav, Ein deutscher Esel bin ich, Gleich meinen Vätern, sie waren so brav, So pflanzgenüßlich so sinnig.“

Ein und ein halbes Jahr ist es her, da haben sich unter den Berliner Straßenbahner jene Elemente zusammen, die den Streik an die Diktation verrathen hatten. Ajcher, der Vorbrüder, war ihr Führer bei der Gründung des Vereins, der in Zukunft die Interessen der Straßenbahner besser als der verrufene Verband wahrnehmen sollte. Viel, sehr viel wurde denen versprochen, die beschränkt genug waren, auf den Veim zu geben und jetzt können wir bereits sehen, was von dem Versprochen gehalten worden ist. Der Ajcher-Verein nicht jetzt eine Fiktion heraus, deren erste Nummer am 1. März d. J. erschienen

ist. Dieses Blatt enthält ein Programm und wir wissen jetzt endlich, welchen Zweck der Verein verfolgt. Wir haben in Vereinsprogrammen schon eine ziemliche Erfahrung, aber ein solches Programm ist uns thafächlich noch nicht vorgekommen. Wir holte, nichts sagende Phrasen, total leerer Worthwall, gar kein Inhalt, nur alter Kohl, den nicht mal gewisse Thiere — die sich untereinander durch Grinsen verständigen — freffen würden, und das nennt sich dann „Wahrung der Interessen der Straßenbahner“. Na, proff! Wahrheit, das kann noch gut werden. Da wird mit 1000 Mitgliedern getraut, dabei aber wohlweislich verschwiegen, daß diese Mitglieder zu Neuzugewinn nur gezwungen im Verein bleiben. Da werden die Mitglieder ersucht, kräftig am Platte mitzuarbeiten, nur dürfen sie natürlich nicht etwa die Arbeitsverhältnisse bei der „Großen“ kritisieren. Die Straßenbahner der „Großen“ leben schon in Paradiese, alle ihre Wünsche sind erfüllt, denn die „Straßenbahn“, ihr „offizielles“ und der Diktation „offiziöses“ Organ, enthält auch nicht ein Wort der Klage seitens eines Angestellten der Straßenbahn. Dem Organ des Ajcher-Vereins nach ist die soziale Frage bereits gelöst und wir werden wahrscheinlich demnächst in Sack und Asche Busse thun müssen, weil wir diese Selbstlosigkeit noch nicht verstanden haben.

Ja, die Straßenbahner haben es wirklich gut seit der Ajcherverein in Thätigkeit ist, alle ihre Wünsche sind erfüllt. Die Klagen, die ab und zu in die Öffentlichkeit bringen, sind alle böswillig erfunden und der „Courier“ müßte ob seiner Hecherei eigentlich aufgebauert werden.

Je größer der Schwindel, desto größer auch die Keltane für denselben, das ist auch hier der Fall. Vor lauter Wohlthateneinrichtungen finden sich die Straßenbahner im Ajcherverein garnicht mehr zurecht. Da giebt's Darlehensfonds, Unterstufungsfonds, Entlastungsfonds, Rechtschutz und weiß der „Wissow“ was sonst noch. Weheht man aber die Sache bei Licht, dann ist das Ding verdammt windig und man begriff man auch, warum so viel Keltane dafür gemacht werden muß.

Aus der Berechnung des Vereins erschen wir, daß an Unterstufungen in ein und einhalb Jahren ganze 484 Mark gezahlt worden sind, da kommt bei 4000 Mitgliedern auf das Mitglied 12,1 Pfennig. Eine pyramidale Verteilung.

Dafür ist aber für Musikpelle und Gesangsverein das Stimmungen von 2889,65 Mk. ausgegeben worden. Für das Amusement der Bevorzugten haben die Mitglieder 918,20 Mk. bezahlt. Auch nicht löbel. Der bekannte Bendix und noch einige andere Leute haben den Verein als Kumpflation benutzt. Das sind so die ganzen Wohlthaten, die der Verein laut Massenbericht in ein und einhalb Jahren seinen Mitgliedern zu Theil werden ließ. Viel Gefasch und wenig Wolle.

Indes würden wir den für einen großen Esel halten, der jemals geglaubt hätte, daß es anders sein würde. Schon bei der Gründung des Ajchervereins haben wir gesagt, was mit denselben los ist und wir haben Recht behalten.

Das kann auch garnicht anders sein. Glauben doch selbst die Vorstandsmittelglieder des Vereins nicht an dessen programmatische Aufgaben, auch diese verzichten auf den Verein gewährten Rechtsschutz und wenden sich lieber in solchen Dingen an den Verband, wie dies vor einigen Tagen geschehen ist. Sagt doch schon die Zusammensetzung des Vereins genug. Es gehören ihm an 7 Oberbeamte, 168 Ingenieure, 1023 Inspektoren und Bureaubeamten, 20 Hofverwalter, 102 Kontrolleure, Revisoren, Expeditoren und Fahrmeister und dann kommen erst die Mitglieder 2. Gatte, die Schaffner und Fahrer zc. Den Vorstand bilden: Verkehrsinspektor Novatowski als 1. und Revisor Flemining als 2. Vorsitzender, Sekretär Horfeld als 1. Oberkassator Schellin als 2. Schriftführer, Buchhalter Wolzenburg 1., Buchhalter Mehlis 2. Kassierer. Den Schaffnern hat man, um den Adel zu wahren, den dritten Vorsitzenden und Schriftführer überlassen, sie dürfen also allerdingst das fünfte Rad am Wagen spielen. Leider haben die Kollegen noch nicht begriffen, daß sie mit diesen „Dritten“ nur verullt werden und es haben sich Leute gefunden, die sich in der Rolle des Kasperle wohlfinden.

Daß die Diktation dem Vereine sehr wohlwollend gegenübersteht, ist nach allem nicht verwunderlich, sie hat den braven Stübner erst 8000 Mk., dann nochmal 800 Mk. und dann gar noch eine Fahne geschenkt. Außerdem giebt sie 100 Mark Jahresbeitrag. Die Mitglieder-schaft hat auch Jemanden etwas eingebracht. Zwar nicht etwa der Masse der Angestellten, wohl aber dem Schaffner Gishow, dem einstigen Scharmacher, der in Zimmer 36 im Gewerkschaftshaus feierzeit beantragte, die Forderung aufzustellen, daß die „Große“ ihre Angestellten in Zukunft nur dem Arbeitsnachweis des Verbandes entnehmen dürfte, er hat sich bedeckt und ist 3. Vorsitzender des Ajchervereins geworden. Nun ist auch dem Verdienste keine Krone geworden, er ist zum Kontrolleur avanciert, der Verrath an seinen Kollegen hat also doch gelohnt. Das ist recht so, man öffnet dadurch auch den Blinden die Augen.

Dem Verbands konnte der Ajcherverein unter solchen Umständen keinen Abbruch thun. Die Straßenbahner können jetzt Schwindel und Wahrheit unterscheiden, sie wissen, daß nur im Verbands ihre Interessen gewahrt werden, daß nur der Verband es ist, der sich ihrer jederzeit annimmt, daß nur der Verband es ist, vor dem die Diktation Respekt besitzt. Nur dem Verbands ist es zu danken, wenn die Krugengenshaften des Streiks nicht verloren gehen und nur der Verband wird auch in Zukunft ohne jede Rücksicht sich der Straßenbahner annehmen, ihre Wünsche und Beschwerden der Öffentlichkeit übermitteln und nach besten Kräften Abhilfe schaffen.

Der Bericht des Ajchervereins beweist, daß dieser alles andere thut, nur nicht die Interessen der Straßenbahner wahrnimmt, er steht als Vankrotter da, der seinen Mitgliedern wohl das Geld abknöpft, aber sonst nichts für sie übrig hat.

Das ist das Ende vom Liede, das den Straßenbahner die Erkenntniß bringt, was sie in Zukunft zu thun haben.

Der Verband ist auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Beweis wird es auch in der Zukunft unter den Straßenbahner Leute geben, die dank ihrer geringen Verstandskräfte dem Verbands fern bleiben. Das schadet nichts. Gegen die Dummheit kämpfen selbst die Götter vergebens“ sagte Altmüller Goethe und Heinrich Heine ist solchen menschlichen Spezialitäten auch gerecht geworden, er hat ihren Standpunkt in ein paar Verslein voll gewürdigt:

„O, welche Wonne, ein Esel zu sein!  
Ein Esel von solchen Langohren!  
Ich möchte es von allen Dählern drein:  
Ich bin als Esel geboren.“

Der große Esel, der mich erzeugt,  
Er war von deutscher Stamme;  
Mit deutscher Eselsmilch gefängt  
Hat mich die Mutter, die Mamme.

Ich bin ein Esel und will getren,  
Wie meine Väter, die Alten,  
In der alten, lieben Esel,  
Am Eselstuhne halten.

Wir sind alle Esel! 3-21! 3-21!  
Wir sind keine Ferkelrechte.  
Fort mit den Köffen! Es lebe, hurra!  
Der König vom Eselgeschlechte.

**Ueber die Kranken-Versicherungspflicht der Möbeltransportarbeiter**

bringt der „Führer“ eine wichtige Entscheidung, die für unsere Leser ebenfalls von großem Interesse ist. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat am 21. Oktober 1901 über die Krankenversicherungspflicht von Möbeltransportarbeitern ein Urtheil abgegeben, das von grundlegender Bedeutung ist.

Zwischen den Parteien bestand Streit darüber, ob der von dem klagenden Arbeiterverband unterstufte Arbeiter G. . . . ., der am 18. März 1900 bei der Möbeltransportfirma M. . . . . & Co. zu Berlin in Arbeit getreten und in Folge eines von ihm erlittenen Unfalles am 28. März 1900 im Wege der Krankenpflege in das städtische Krankenhaus Moabit aufgenommen wurde, der Krankenversicherungspflicht unterlag, oder ob seine Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt und daher nach § 1, Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes nicht versicherungspflichtig war. Der Bezirksausschuß hat nach Vernehmung von zwei Jengen die Krankenversicherungspflicht bejaht und der Klage stattgegeben. Die von der beklagten Masse eingelegte Revision wurde vom Oberverwaltungsgericht mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Wenn die Beklagte in der Revisionsrechtsfertigungsschrift darzutun versucht habe, daß die Beschäftigung von Arbeitern in Möbeltransportgewerbe durch die Natur des Gegenstandes auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt sei, so könne dem nicht beigetreten werden. Dies treffe allerdings ohne weiteres dann zu, wenn ein Möbeltransportgeschäft einen Arbeiter zu einem bestimmten Lutzuge von nicht übermäßigem Umfang, dessen Ausführung offensichtlich nur einer Woche Arbeitszeit erfordere, annimmt, keineswegs aber ohne weiteres dann, wenn die Annahme des Arbeiters ohne Beschränkung auf einen einzelnen Lutzug ganz allgemein für die Ausführung der der Firma überhaupt obliegenden Lutzüge erfolgt, also so lange die Firma in fortwährender Reihe Lutzüge zu befragen hat. Da die Ausführung solcher Lutzüge bei größeren Firmen, zumal in der Zeit, sehr wohl länger als eine Woche in Anspruch nehmen kann und häufig in Anspruch nimmt, so könne keine Rede davon sein, daß die Krankenversicherungspflicht von Möbeltransporterren ein für allemal schon deshalb ausgeschlossen sei, weil ihre Beschäftigung nach der Natur des Gegenstandes unter einer Woche dauere. Worum es ankommt, sei daher, ob die Beschäftigung im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist. Dies könne allerdings nicht nur ausdrücklich, sondern auch stillschweigend geschehen, und eine stillschweigende Beschränkung in dem gedachten Sinne sei dann anzunehmen, wenn beide vertragschließenden Theile, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer nach der ganzen ihnen bekannten Lage der Umstände sich dessen bewußt und darüber nicht im Zweifel waren, daß das Arbeitsverhältnis weniger als eine Woche dauern werde. Ob dies anzunehmen ist oder nicht, sei eine Frage des einzelnen Falles, die nur nach der Gesamtheit der in Betracht kommenden Umstände, insbesondere also auch unter Berücksichtigung der zeitlichen Verhältnisse, der Annahme der Arbeiter zur Fiehzzeit oder außerhalb derselben, des Geschäftsumfanges der Firma u. s. w. entschieden werden könne. Daß in Folge dessen abweichende Entscheidungen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden bei Beurtheilung des einzelnen Falles möglich sind und dadurch für die Beteiligten, insbesondere für die Klassen Schwierigkeiten und Verwirrung erwachsen können, könne nicht verkannt werden. Nach der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung lasse sich aber zu einem anderen Ergebnis nicht gelangen. Insbesondere erwidliche sie nicht, ein Prinzip allgemein dahin aufzustellen, daß die unselbständigen Arbeiter im Möbeltransportgewerbe ohne Verursachung des einzelnen Falles der Krankenversicherungspflicht entweder unterliegen oder nicht unterliegen. Entscheidend bleibe vielmehr immer die Beurtheilung des im einzelnen Falle abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Von den vorstehenden Grundfällen sei der Gerichts- Hof auch bereits in einer Entscheidung vom 7. November 1898 ausgegangen. Dort sei hervorgehoben, daß auch

den Arbeiter erkennbar gewesen sein müßte, es handele sich um eine Beschäftigung auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche und daß es nicht genüge, wenn der Arbeitgeber allein von dieser Ansicht ausgegangen sei. Sofern er darüber den Arbeiter in Erfahrung gelassen habe, Uebereinstimmend hiermit habe sich auch der badische Verwaltungsgerichtshof in einer Entscheidung vom 15. Februar 1898 unter Bezugnahme auf Rost, Recht der Arbeiterverföhrung, Band I, Seite 184, dahin ausgesprochen: „Als eine vorübergehende Beschäftigung im Sinne des Gesetzes kann hiernach bezeichnet werden, bei der sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeiter von vornherein — sei es auf Grund vertragsmäßiger Bestimmung, sei es auf Grund ihrer Natur nach vorübergehende Arbeitsleistung — sich bewußt waren, daß das Arbeitsverhältnis weniger als eine Woche dauere.“

Entscheidend für die hier in Betracht kommende Frage sei danach noch nicht, ob tägliche Anstufung der Arbeiter stattfindet und ob der Brauch in dem Wödeltronsportgeschäft dahin geht, daß die Arbeiter nach ihrer regelmäßigen Annahme täglich Morgens nachzufahren haben, ob Arbeit vorhanden ist. Denn trotzdem könne die Meinung der vertragsschließenden Parteien dahin gehen, daß den einmal angenommenen Arbeitern die jeweils vorhandene Arbeit auf Grund des bei der ersten Annahme ein für allemal abgeschlossenen Vertrages tatsächlich auf neue zugeteilt werden sollte, daß es sich also um einen auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Arbeitsvertrag, keineswegs aber um den Abschluß immer neuer Verträge von Tag zu Tag handle.

In vorliegenden Falle sei die Annahme des Arbeiters ... am 18. März, also um die Zeit, die er folgt und am 28. März, dem Tage seiner Verunglückung, arbeitete er noch bei der Firma. Nach den Zeugenaussagen stehe auch fest, daß das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und der Firma nicht ausdrücklich auf einen gewissen Zeitraum, also auch nicht auf einen solchen unter einer Woche, eingeschränkt war. Wenn der Vorderrichter bei dieser Sachlage aus der Gesamtheit der Umstände den Schluß gezogen habe, daß die Krankenversicherungspflicht anschießende Bestimmung des § 1, Absatz 1 am Ende des Krankenversicherungsgesetzes nicht Platz greife, so habe er damit weder rechtlich getreut noch gegen die klare Lage der Sache entschieden.

### Situationsbericht aus Dresdens Umgegend.

Eine lebhafteste Situation wurde in der Zeit vom 22. Januar bis 16. Februar in Dresden einfallend. Nicht weniger als 12 Versammlungen (und die Generalversammlung) fanden allein für Dresden statt. Dazu kommen noch je eine Versammlung in Zittau, Rauen, Pirna und Weichen und 6 Sitzungen aus verschiedenen Umständen. Der Art nach waren 10 allgemeine und Bezirks-Versammlungen und 6 Branchen-Versammlungen. Unter den letzteren Petroleumfahrer und Müllfahrer, Verfahrer und Droßkentußer. In allen Versammlungen referierte der Gewerkschaftsleiter für Sachsen, Kollege Richter-Ghemnig. Je nach den einzelnen Umständen und Verhältnissen wurden die Tages- und Tagesordnungen gewählt. — Ueber jede einzelne Versammlung zu berichten ist wohl nicht am Platze und soll nur das Hauptfachliche hier angeführt sein. — Im Allgemeinen wird festgestellt werden, daß der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig ließ. Das verhältnismäßig weisse Interesse an dem Verbands-Geschehen die Werkstätten der Brauerei Keisewitz und die Droßkentußer zu haben, wenigstens bekundeten dieselben, daß sie den Zweck des Verbandes begrüßten hatten. Heimlich trauig sieht es mit den Kollegen in der Stadttrachtler aus, nur ganz wenige sind dort organisiert und in die Versammlungen kommt überhaupt gar keiner. Die Kollegen scheinen es zu sehr zu haben. Schreiber dieses hat sich aber persönlich davon überzeugen können, daß das keineswegs der Fall ist. Sie haben genau die lange Arbeitszeit, genau nicht mehr Lohn wie Andere. Des Mittags sitzen sie in ihrer Kneipe bei einem Topf Kaffee, zusammengekniet oder schlafend, ein Zeichen, daß sie sich schließlich plagen müssen. Und trotzdem halten sie die Organisation nicht für notwendig. Ein nahezu gemeines Vorgehen ließen sich einige organisierte Brauer der Brauerei Feldschlösschen zu Schulden kommen. Dort haben unsere Kollegen den Willen, sich zu organisieren und haben sich zum großen Teil auch schon unserem Verbands angegeschlossen. Da kommt der Brauerverband und requiriert die Kollegen für sich. Vollständig unfähige Personen, die die Frage gar nicht beurteilen können, machen in Versammlungen einen Höllenlärm, daß so wie hier die Versammlungen abgebrochen werden müssen. Wenn dem Brauerverband zu viel an den Käufern liegt, dann sollten sie doch diese Dinge von Personen besorgen lassen, die wenigstens die ersten Anfänge in Aufwand und Bildung besitzen. Abgesehen davon, daß in den Versammlungen und durch dieselben eine ganze Anzahl Kollegen für unseren Verband gewonnen wurden, ist es schon ein wesentlicher Vorteil für die Dresdener Organisationsverhältnisse, daß einmal ein Kollege über Verbandsfragen sprach. Es gibt leider noch einen großen Prozentsatz unserer Kollegen, die den Verband nur als eine Unterstützungsmaschine kennen und ansehen. Grundlich von dieser Ansicht sind wohl die Droßkentußer kurz, die anfangen, an den Verband andere Ansinnen zu stellen. So z. B.: „Wie schiken wir uns vor der Hande unserer Unternehmer“, oder „Was haben wir zu thun, um den modernen Verkehrs-Verhältnissen gerecht werden zu können?“

Nun, Ihr werdet durch den Verband das erzielen, was Euch bis jetzt vorenthalten worden ist und in dessen Ergründung sich der lokale Filial-Verein als unfähig erwiesen hat. — Nur fest zusammenhalten und neue Mitglieder werben, dann wird man uns als besser werden. Aus der weiteren Umgebung ist zu erwähnen, daß namentlich die Kollegen im Flanenschen Grund (Kollschappel) sich mehr um den Verband scharen sollten. Von über 100 Verbandsangehörigen sind kaum ein Duzend organisiert. In der Versammlung waren ganze 18 Kollegen

anwesend und 3 Aufnahmen waren zu verzeichnen. Wenn in diesem Jahre die Straßenbahn in Betrieb genommen wird, dann werdet auch Ihr, Kollegen, einsehen, was Euch der Verband nützen kann. Aber wer nicht hören will, wird's fühlen müssen.

In Pirna, wo bereits einmal eine gut funktionierende Zählstelle bestand, gelang es ebenfalls wieder Fuß zu fassen.

Gleichen in Rauen, nur mit dem Unterschied, daß die Rauen-Kollegen, so gern sie in die Versammlungen kommen, wieder nicht einmal ein Votal haben, wo sie ihre Verbandsfragen regeln könnten.

In Zittau haben wir einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Es kam nicht nur zur Gründung einer Verwaltungsstelle, sondern dieselbe hat auch schon zu arbeiten verstanden und während dessen bereits weitere Aufnahmen gemacht.

In Radeberg macht der Verband ebenfalls gute Fortschritte und ist zu hoffen, daß wir dort in nicht allzulanger Zeit die Mehrzahl der Kollegen im Verbands haben. Alles in Allem genommen dürfen wir wohl mit dem Gelingen zufrieden sein, eine Ausdehnung unserer Organisation in Sachsen ist wohl noch möglich und wenn es auch in Weichen diesmal noch nicht glückte, dort festen Fuß zu fassen, so wird die Zeit nicht allzu fern sein, wo die Kollegen selbst zur Einheit kommen werden. Als schließliches Kuriosum sei nur noch erwähnt, daß in einer Versammlung in Dresden nicht weniger als

5 Gendarmen,  
1 Kollege Inspektor und  
1 überwachender Beamter  
anwesend waren.

Ghemnig. Otto Richter.

### Aus unserem Beruf. Droßkentußer.

Breslau. In einer am Freitag, den 21. Februar, Abends im Gewerkschaftshaus abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Droßkentußer wurde nach einem Vortrage des Kollegen Zimmer beschlossen, bei dem königlichen Polizei-Präsidenten dahin vorstellig zu werden, daß das Martensgäßchen, welches bisher nur auf dem Oberhof Bahnhof eingeführt war, bei allen Bahnhöfen zur Anwendung gelangen solle, ebenso soll in der Eingabe, die Aufhebung der Gebühr von 10 Pf., welche von den Fahrgästen pro Marke an den Käufern zu zahlen ist, beantragt werden. Größert wurde ferner noch die Einrichtung der Reservefahrstühle und der Müllbrauch derselben, eine Stellungnahme hierzu soll erst erfolgen, wenn der Beschluß der Regierung, die sich gegenwärtig mit dieser Angelegenheit beschäftigt, eingegangen ist. Außerdem wurden noch verschiedene Mißstände betr. den elektrischen Straßenbahnbetrieb besprochen, u. A. wurde angeregt, die Anstellung von Straßenbahnmännern, teils von den Direktoren an besonders gefährlichen, engen Straßen und Wegen. Mit allen den angeführten Mißständen soll sich eine später stattfindende, allgemeine öffentliche Käußer-Versammlung beschäftigen.

### Feuerversicherung.

Berlin. 13. Kollege George sprach in der Versammlung am Mittwoch, den 5. März, über „Verbandsfragen der Feuerversicherung“. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion. Von allen Rednern wurde bemerkt, daß das Interesse der Feuerversicherung an den Besuchen der Versammlungen nicht den Anforderungen entspricht und wurde beschlossen, am Mittwoch, den 14. April, in den Vereinslokalen eine Versammlung abzuhalten und recht rege für den Besuch derselben zu wirken.

Dresden. Am Donnerstag, den 6. März, war seitens unseres Verbandes erstmalig eine Feuerversicherungsverammlung im Bürgerbräu, Markt 8 I, veranstaltet worden. Kollege Otto Richter-Ghemnig referierte über: „Warum müssen wir uns organisieren.“ Mit unterbrochen durch lebhafteste Zustimmungsrufe, schilderte Richter die Miß- und Uebelstände im Feuerversicherungs-Gewerbe. Für die lange Arbeitszeit ist der Lohn viel zu niedrig, um wirtlich zu existieren zu können. Schutzvorrichtungen giebt es so gut wie gar nicht. Verbesserung kann nur erreicht werden, wenn sich die Kollegen zusammen schließen. Die Feuerversicherung und Theilhaber in Handels- und Gewerbe, und forderte der Referent die Anwesenden auf, dem Beispiele der Kollegen anderer Städte zu folgen und sich dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anzuschließen.

In der lebhaftesten Debatte geistelte der selbständige Kollege Jahn die Nachlässigkeit der Kollegen, die sich mitunter gegenseitig verlässen, anstatt zusammenzuhalten.

Schierig betont, daß die kleinen Unternehmer bessere Löhne zahlen als die Großunternehmer. Kollege Widert schildert, wie er eine Strafverurteilung über 450 Mark erlitt, weil Niemand bei der Leiter stand. Kollege Müller schildert den Verlauf des Kongresses der Feuerversicherung und das Ende des neugegründeten Verbandes. Durch die gemachten Erfahrungen ist bewiesen, daß ein Verband der Feuerversicherung nicht bestehen kann. Der Redner hofft, daß der heutige Tag der Grundstein zur Organisation der Feuerversicherung Dresdens sein möge und fordert seine Kollegen auf, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten.

Einstimmig wird hierauf folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 6. März 1902 im Restaurant „Bürgerbräu“ zahlreich versammelten Feuerversicherung Dresdens erklären sich mit den Ausführungen des Kollegen Richter-Ghemnig einverstanden. Sie beschließen, sich Mann für Mann dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anzuschließen. Zur Situationsbetreibung wird eine Sektionsleitung von drei Mann gewählt, welche zu gleicher Zeit die Feuerversicherung in der Ortsverwaltung Dresden vertreten können. Ferner haben

dieselben dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungen der Feuerversicherung sich von Zeit zu Zeit wiederholen.“

Als Sektionsleitung wurden gewählt die Kollegen: Widter, Müller und Reichard.

In seinem Schlusswort sagte der Referent Alles nochmals zusammen und hofft, daß die Organisation der Feuerversicherung stark werde und gute Erfolge erzielen möge. Von den ca. 80 anwesenden Feuerversicherern wendeten sich hierauf 43 als Mitglieder des Verbandes an und erfolgte alsdann der Schluß der Versammlung.

### Handelsarbeiter.

Berlin. Durch seine Urabstimmung ist beschlossen worden, einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Quartal zu erheben, um den ausgetretenen Arbeitslosen weitere Unterstützung gewähren zu können.

Es kamen drei Urträge in Betracht. Abgegeben wurden 219 Stimmen. Davon erzielten:

Antrag Verwardt 554 Stimmen  
Ulhes 307  
Schumann 1388

Mit ja ohne Bezeichnung des Antrages stimmten 278 Kollegen. Mit nein 270 Kollegen. 63 Stimmen waren unglücklich. Es sind somit pro Quartal für Berlin 25 Pf. an Extrasteuern zu zahlen.

Berlin. Die Landesleiter vereinen und Gebildetenvereine von F. W. Grünfeld mit ihrem weithin schillernden Kollieferantenmappen in der Leipzigerstraße, leidet in letzterer Zeit eine häßliche Angst vor der Organisations der Handels- und Arbeitervereine zu haben. Dieselbe versucht in letzter Zeit alle Dienste, die im Verbands stehen, dem Zentralverband anzugehören, auf das Straßensplafaz zu werfen. Wir wissen nicht, aus welchen Gründen die Firma solche Furcht vor unserm Verbands bekommen hat, sollte sie etwa im Begriffe stehen, in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, an denen unsere Organisation bis dato nichts auszuweichen hatte, Veränderungen vornehmen zu wollen? Wir wissen nicht des Häßlichen Lösung, aber soviel wissen wir, daß in früheren Jahren, bei Besuchen des alten Herrn Grünfeld, eine derartige Furcht vor unserm Verbands nicht vorhanden war. Vor 13 Jahren, als das Geschäft eröffnet wurde, hatte unser Verband sämtliche Dienste für das Haus gestellt. Auch in den späteren Jahren, wo sich das Geschäft mehr entwickelte, wurde bei Neuaufstellung von Dienern stets unser Arbeitsnachweis mitgeführt. Eine Veränderung in diesem Einvernehmen machte sich bemerkbar mit dem Augenblick, als der jetzige Personal-Chef in das Geschäft eintrat; da fing es an zu happen, man hatte allerdahin Einverständnisse gegen Bewerber, die von unserm Nachweis kamen, zu machen. Der letzte, der vor 8 Jahren von unserm Nachweis genommen wurde, war der jetzt so plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassene Kollege Brall.

Was lag denn nun für ein Grund vor, einen Mann, der seine Schuldigkeit in jeder Hinsicht that, auf das Straßensplafaz zu werfen, ihn mit faunnt seiner Familie dem Hunger und Elend preiszugeben?

Sollte vielleicht das der Grund sein, daß der Kollege Brall als unser Vertrauensmann dafür gefordert hat, die dort beschäftigten Kollegen dem Verbands zuzuführen? Seit dieser Zeit wurde denn auch ein schneidiges Regiment im Hause eingeführt. Neue Inspektoren wurden angestellt. Der eine veranste zu viel Bier an die Angestellten, so daß er dabei das Interesse des Geschäftes verlor. Der zweite hatte zu viel Dales, so daß er öfter bei den Dienern eine Pimpe anzulegen verstand. Aber bei aller Unpünktigkeit hatte dieser Herr eines Tages das bedauerliche Unglück, auf einem Gang nach der Bank einen Tausendmarkschein zu verlieren. Der dritte, der nun kam, ein Herr Dank, seines Zeichens Feldwebel a. D., scheint der richtige Mann an der Spitze zu sein. In echt militärischer Weise werden noch die Befehle an die Diener vertheilt. „Nehmen Sie sich in Acht“, „Nehmen Sie die Karten zusammen“, „Jagen werde ich Weine machen“, „Wenn ich was sage, merken Sie sich das ein für allemal, so ist es stets gerechtfertigt“, „Raffen Sie sich mal die Haare scheeren, und merken Sie sich, wenn Sie mir auf der Straße begegnen, so haben Sie die Cigarette aus dem Mund zu nehmen“. So und in ähnlichem Konjunktoren werden unsere Kollegen behandelt, die schon seit Jahren dort beschäftigt sind. Besonders beklagen sich die Kollegen darüber, daß verjudet wird, die Spindel unter den Kollegen zu fördern, die Kollegen auszuhorden. Die Kollegen empfinden es weiter als eine drückende Maßregel, daß angeordnet wurde, daß sie Abends nach Feierabend mit der blanken Kivree nach Hause gehen müssen.

Anstatt sich einhelllich zu organisieren, um mit Hilfe des Verbandes zu versuchen, solchen Uebelständen abzuwehren, halten die Kollegen die Faust in der Tasche. Sie haben nicht den Muth, offen ihre Mannesehre zu verteidigen. Kollegen, wir rufen Euch zu, wahret Eure Ehre, macht Gebrauch von dem Euch gesetzlich zustehenden Recht; schließt Euch dem Verbands an.

Berlin. Die Zettel- und Plakatankleber für das öffentliche Anschlagwesen von der Firma Mand & Hartmann haben sich in der letzten Zeit fast einmüthig unserm Verbands angegeschlossen. In Betracht kommen 80 Mann. Die Arbeitsverhältnisse dieser Kollegen lassen viel zu wünschen übrig. Ihre Arbeitszeit beginnt des Nachts um 1 Uhr und dauert ununterbrochen, ohne jede Pause 8 bis 9 Stunden täglich und darüber, je nachdem Arbeit vorhanden ist. Auch hängt die Länge der Arbeitszeit sehr viel von den Witterungsverhältnissen ab. Bei Sturm und Regen, sowie starkem Frost werden es sogar 10 bis 11 Stunden. Außerdem haben dieselben abweichend Djour.

Auch diese Firma versteht es sehr gut, einen Theil des Geschäftsrisses auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, indem dieselbe folgende Taktik befolgt: Wer zu spät kommt, wird bestraft mit einem Tag Djour, beim zweitenmal mit zwei Tagen usw. Dieser Djour dauert, falls Nachbestellungen kommen, bis Radmittags um 4 Uhr, und erhalten die Kollegen dann dafür 50, auch 7 Pfennig, im günstigsten Falle sogar 1 Mt. Diese Verzahlung, welche als Trutzgeld angesehen werden kann,

nicht zu der zu leistenden Arbeit in gar keinem Verhältnis. Wenn keine Nachbesserung kommt, werden diese Leute mit der Meinung des Arbeitsraumes, Fensterputzen z. beschäftigt, ohne Bezahlung.

Der Lohn beträgt je nach Dauer der Dienstzeit 23, 25, auch 28 Mk. die Woche. Außerdem liefert die Firma grüne Drillschiffel, welche bei der Arbeit im Sommer sowie auch im Winter getragen werden müssen. Da diese aber gegen Regen keinen Schutz bieten, wünschen die Kollegen, daß ihnen in Zukunft wasserdichte Kellernien geliefert werden.

Große Unzufriedenheit ist dadurch hervorgerufen worden, daß den Kollegen der freie Tag, welchen sie durch ihr Vorgehen vor zwei Jahren alle 14 Tage erhielten, im vorigen Jahre wieder entzogen wurde. Die Kollegen haben jetzt nur im günstigsten Falle alle drei Wochen einen freien Tag, vielfach vergehen aber auch 4, 5 bis 6 Wochen, ehe dieselben einen solchen erhalten. Ganz besonders wird darüber Klage geführt, daß in letzter Zeit das Arbeitspensum für 25-30 Kollegen von 14 auf 16 Säulen erhöht worden ist. Dieses Pensum zu bewältigen, ist bei schlechtem Wetter beinahe unmöglich. Auch sind die Arbeitsräume, welche im Keller liegen, zu klein, und besitzen dieselbe keine Ventilation. Im übrigen wäre für die Arbeitsräume wie für die Bedürfnisanstalten größere Metalldeckel gegeben.

In 2 Versammlungen, welche sich einer guten Beschäftigung zu erfreuen hatten, sprach Kollege Werner unter Beifall der Anwesenden über die wirtschaftliche Lage derselben und die Notwendigkeit der Organisation für Arbeiter, worauf sich jetzt 70 Kollegen unserm Verbände betrauten. Diese Versammlungen haben insofern schon einen Erfolg aufzuweisen, als die Firma mit einigen Kollegen verhandelte und sich bereit erklärt hat, in Zukunft wieder alle 14 Tage einen freien Tag zu geben, auch sollen diejenigen Kollegen, welche 10 Säulen zu besorgen haben, eine Lohnzulage erhalten. Dieses Anerbieten wurde zunächst abgelehnt und soll in nächster Zeit eine weitere Versammlung einberufen werden, in welcher die betreffenden Wünsche resp. Forderungen ein Beschluß herbeigeführt werden soll, welche die Angelegenheiten der Firma zu unterbreiten gedenken.

Unsere Kollegen haben somit den Beweis erbracht, daß sie durch einmütigen Anschluß an unsere Organisation den richtigen Weg zwecks Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse beschritten haben. Hoffentlich werden sich dieselben durch diese oder jene Versprechungen von den Inhabern der Firma nicht beirren lassen, indem namentlich den älteren Kollegen Vergünstigungen zu Teil werden. Derartige Manipulationen werden von den Unternehmern nur deshalb angewandt, um dadurch wieder die Unzufriedenheit in den Reihen der Kollegen herbeizuführen. — Also aufgepaßt. — Ein jeder handle nach dem Grundsatz, wie derselbe auch in den Versammlungen anerkannt wurde: Alle für Einen und Einer für Alle.

**Wirt.** Ein feiner Arbeitergeiz ist der Spiegel und Spiegelglas Händler Kagans Haas in Wirtz. Durch lösende Versprechungen brachte es dieser Herr fertig, daß ein Kollege seinen früheren Posten verließ und sich in die Hände dieses Herrn begab. Inwieweit Lohn wurden unter andern festgestellt, wenn sich der Kollege als Magaziner qualifiziert. Und wirklich erhielt derselbe auch nach dem ersten Wochensloß obige Summe, jedoch merkte er schon in der nächsten Woche, daß im Saate Dänemark etwas faul sei. Herr Haas hatte nämlich die fälschliche Entdeckung gemacht, daß sein neuer Magaziner sich hier und da eine Zigarette Tabak zu Gemüte führte, und Herr S. verbat dem Wanne dieses unzulässige Vergnügen mit der Motivierung, daß seine Wafer kaputt würden.

Es wird nun in Wirtz in Wälbe ein Ortsstatut herausgegeben werden müssen, dahingehend, daß es in Zukunft jedem Glasarbeiter im Interesse der Rührer Glasindustrie verboten ist, Tabak zu kumpfen.

Hoffentlich gibt es dann in Wirtz keine zweite Qualität Gläser mehr, und Herr S. ist dann der Mühe überhoben, aus dieser zweiten eine erste Qualität herauszuholen zu lassen.

Nachdem Herr S. unsern Kollegen dann noch ins Gesicht gesagt, daß er überhaupt zu viel Lohn habe, kündigte derselbe seine Stellung und ist nun dank der eigenartigen Politik dieses Arbeitgeber vorläufig arbeitslos.

**Regensburg.** Allmählich haben die hiesigen Dienst-männer erkannt, daß, wenn sie etwas erreichen wollen, sie sich unserem Verbände anschließen müssen. Die hiesige Dienstanordnung stammt aus dem Jahre 1876 und ist gewiß nicht geeignet, dazu beizutragen, daß die Dienst-männer zufriedene Menschen werden. Die Kollegen müssen pro Tag 35 Pf. Standard entrichten; es gibt aber Wochen, in denen sie nicht 30 Pf. verdienen. Die Zutrittsinhaber leben dafür herrlich und in Freuden und sehen höchstens einmal auf dem Bahnhofs nach, ob ihre Leute auch am Tage sind. Herr Wauoni hat sich sogar schon erlaubt, Dienstmännern die Mütze vom Kopf zu reifen. Herr Ring besitzt außer Wagen kein anderes Material, nimmt aber ruhig auch 35 Pf. Selbst die Dienst-männer sich unsern Verbände angeschlossen, haben die Zutrittsinhaber das Verordnungsheft bekommen. Die Dienst-männer müssen ferner als je Organisation hatten, dann werden ihre „Herren“ noch ganz kleinmützig werden.

**Wies England.** Gegen Ende Oktober 1901 gaben wir an dieser Stelle einen längeren Bericht über die Untersuchungen der Sozialkommission des Oberhauses betreffend den frühzeitigen Lebensloß. Neunzig Prozent der vernommenen Zeugen sprachen sich für diese soziale politische Maßregel aus. Letzten Mittwochs beantragte Lord Avebury — unter diesem Namen ist jetzt der frühere Sir John Lubbock, Bankier, Naturforscher und Schriftsteller bekannt — die zweite Lesung der Bill. Nach einer Debatte, die sich fast ganz im manderstehenden Fahrwasser bewegte, wurde die Bill mit 57 gegen 28 Stimmen verworfen. Graf von Deans, ein anarchohischer Aristokrat, protestierte im Namen der persönlichen Freiheit gegen die Entzerrung der Majorität, und dieser Protest war anschlagngebend gegen eine Bill, die bestimmt war, Hunderttausenden von jungen Männern und Frauen die vierzehnjährige Arbeitszeit um etwa zwei Stunden zu verkürzen.

Wie wir unsere englischen Kollegen kennen, werden sich diese die Gesetze nicht gefallen lassen.

**Straßenbahner.**

**Berlin.** Eine Anklage wegen fahrlässiger Transportgefährdung, welche von der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller verhandelt wurde, warf ein eigentümliches Licht auf die rechtliche Verhältnisse der Großen Straßenbahngesellschaft. Angeklagt war der 51jährige Pferdebahnhilfsführer Ludwig Rodzen. Er gab an, daß er 20 Jahre im Dienste der Gesellschaft gestanden habe. Wiederholt sei er ohne sein Verschulden Unfallsfällen ausgesetzt gewesen. Einmal habe er einen Knippenbruch, ein anderes mal eine Beinverletzung und dann bei einem Zusammenstoß eine erhebliche Kopfverletzung erlitten. Er sei aber immer wieder dienstfähig geworden. Nun sei ihm im Dezember v. J. ein kleines Versehen passiert und daraufhin sei er sofort entlassen und Anzeige gegen ihn erstattet worden. An dem betreffenden Tage sei er mit einem Pferdebahnwagen vom Schlesischen Thor gekommen. Auf dem Spittelmarkt hatte er unmittelbar hinter einer Haltestelle eine sogenannte „Spühweiche“ zu passieren. Wenn der Wagenführer nicht ganz genau aufgepaßt, kommt es vor, daß der Wagen dabei in ein falsches Geleise gerathe. Dies sei auch ihm begegnet. Er habe natürlich sofort den Fehler bemerkt und den Wagen langsam wieder zurückgeführt. Inzwischen sei ein elektrischer Wagen hinter ihm auf der Haltestelle eingetroffen und diesen habe er mit dem hinteren Teil seines Wagens am Schupfer des Vorderperrons berührt. Es sei eine kaum bemerkbare Schramme entstanden. Er könne nur annehmen, daß die Gesellschaft ihn einstweilen entlassen und zur Anzeige gebracht hat, um den nicht mehr ganz fallsenen Angefallenen auf eine bequeme Art und ohne Kosten los zu werden. Durch die Verweigerung wurde festgestellt, daß eine Gefährdung von Personen nicht vorliegen hatte und ebenso, daß der verursachte Schaden kaum nennenswert war. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf Freisprechung. Der Vorliegende erklärte dem Angeklagten, daß dessen Wunsch auf Aufstellung eines schriftlichen Urtheils erfüllt werden solle, dieses könne ihm von Nutzen sein, wenn er im Wege der Zwangsmaßnahme seine Rechte der Gesellschaft gegenüber geltend mache.

**Berlin.** Entschädigungen für Unfälle im Straßenbahnbetriebe. Nach den Angaben der Großen Berliner Straßenbahn hat diese Gesellschaft im Jahre 1901 im Wege des Vergleichs an Personen, die im Straßenbahnbetriebe verunglückten, in 76 Fällen 31.901,27 Mk. als Abfindung gezahlt; die übrigen 30 Fälle mit einer Gesamtentschädigungssumme von 17.765,22 Mk. entfielen noch auf das Vorjahr. Diese Mittelsummen zeigen, wie lange viele Vermögenslose oder ihre Hinterbliebenen auf die Auszahlung der so überaus geringfügigen Entschädigungsbeträge warten müssen, ein Hebelchen, über den schon oft öffentlich Beschwerde geführt worden ist. Bei den vielen Tausenden von Unfällen, die im Straßenbahnbetriebe im Laufe der Jahre vorgekommen sind, zählt die Große Berliner Straßenbahn ferner nur 34 Renten im Jahresbetrage von 19.201,15 Mk.; von ihnen sind 18 lebenslänglich zu entrichten, während 16 zeitlich befristet sind. Wenn im Jahre 1901 im Ganzen 1665 Straßenbahnunfälle sich ereigneten, bei denen Verletzte zu Schaden kamen, so ist das eine erschreckend hohe Ziffer, und auch die Zahl der tödlichen (27) und schweren (152) Verletzungen muß als eine verhältnismäßig große bezeichnet werden. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß ein großer Teil der Verunglückten die Unfälle in fahrlässiger Weise, namentlich beim Auf- und Absteigen während der Fahrt, verschuldet hat, so bleiben doch genug Fälle übrig, die bei besseren technischen Einrichtungen der Straßenbahn hätten vermieden werden können. Bisher sind z. B. nach dem Geschäftsbericht der Großen Berliner Straßenbahn nur 54 Motorwagen — also eine verhältnismäßig kleine Anzahl — mit Franz- und Schupfervorrichtungen versehen worden, und wenn das Publikum auch künftig bis zu der Zeit warten soll, in welcher die „Verfuche“ mit Schupfervorrichtungen „abgeschlossen“ sind, so wird bis dahin der Straßenbahnbetrieb noch recht zahlreiche unnütze Opfer fordern.

**Chemnitz.** Die Führer der Chemnitzer Straßenbahn haben schon seit langem über zu kurzen Verdienst zu klagen. Und das ist auch gar kein Wunder, da doch dieselben nicht etwa wie andere Arbeiter nach einem selten Lohnsatz bezahlt werden, sondern neben einer Entschädigung noch 1 pSt. von der Einnahme haben. Da hat sich denn die wohlthätige Direktion veranlaßt gesehen, eine Verbesserung einzutreten zu lassen. Aber wie? An den son, freien Tagen müssen die Führer 4 Stunden Sockeldienst verrichten, d. h. sie müssen in Civil als Passagiere mitfahren und aufpassen, ob auch wirklich jeder aufsteigende Fahrgast bezahlt. Für diesen Dienst erhalten die Führer sage und schreibe 1 Mk., d. i. pro Stunde 25 Pf. Wenn man des Vormittags 2 Std. und des Nachmittags wieder 2 Std., oder Mittags und Abends je 2 Std. Dienst hat, dann wird wohl niemand behaupten wollen, daß dann dieser Tag ein dienstreier sei. Dieser Extradienst ist demnach ein Druckact für eine Ausbuchtung der allerschlimmsten Art. Aber was brauchen die Führer denn auch freie Tage, die Arbeit ist doch Spielerei. Die Hauptsache ist doch, daß die Direktion nicht etwa mal 10 Pfa. einbüßt. Zur Einführung von Schaffnern wird es wohl noch nicht gleich kommen, weil jetzt in Chemnitz keine Arbeitskräfte vorhanden sind, auch haben die Arbeiter jetzt soviel zu thun, daß an eine Anschaffung von Mänteldeckeln z. z. jetzt nicht gedacht werden kann. Selbst die Stadt wird einen Verlust erleiden, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machte und einfach verlangte, daß Schaffner angestellt werden müssen. Von den Klagen, die jetzt das Fahrverbot vorzubringen hat, seien hier einige genannt. Die Instruktionstunden nehmen überhand, der Straßendienst wird in einer Weise gehandhabt, daß die Leute nicht wissen, ob sie in der Kaserne oder einem gewerblichen Unternehmen dienen. So kann man jetzt an verschiedenen Kreuzungspunkten Kollegen Wachtposten stehen sehen, die selbst nicht wissen, warum sie eigentlich nicht mehr fahren dürfen. Das Rußen der Messingfelle und Fenster am

Morgen gestattet sich zu einer wahren Tortur. So wird namentlich über den neuen Ingenieur Müller geklagt. Auch mit dem Lohnzahlungssystem sind die Kollegen nicht zufrieden. Früher wurden ausgereichte Stunden stets voll bezahlt, jetzt ist das nicht mehr der Fall. Nach millitärischen Muster ist die 10stägige Übung eingeführt. Die Sonntagschaffner können nun alle 10 Tage abwechselnd 1 resp. 2 Tage abholen. Dabei soll nicht vergessen werden, daß keiner aber nach und nach eine sagen. Caution in Höhe von 100 Mk. abzugeben wird, an der sich die Direktion für allen abgewildeten Schaden schadlos hält, und der Sonntagsmann braucht nur immer wieder nachzugehen. Die Uebernahme der Sonntagsleute in festes Dienstverhältnis soll nach dem Kontrakt nach Ablauf von 2 Jahren erfolgen. Nun, Kollegen, ihr habt doch wahrlich hübsch. Aber wie man es haben will, so hat man's eben. Wenn 25 Pf. pro Woche für seine Organisation zu viel sind, der wird nicht befehle erwarten dürfen. Also schließt Euch der Organisation an. Zeit wird's.

**Breslau.** Was Direktor Stöhrer beauftragt macht. Kürzlich stand folgende Bekannmachung angeschlagen:

„Der entlassene Schaffner Hählig hat nach seinem Abgange, wahrhaftig mit Wissen mehrerer Schaffner die Direktion auf Herauszahlung solcher Extradienststunden verklagt, welche mit in den Pensumtaseln aufgenommen und im vorgeführten Durchschneidensdienst mit eingerechnet sind. Hählig ist in der zweiten Instanz mit seiner Klage abgewiesen und zu Kosten beider Instanzen verurtheilt worden. Die Direktion, gez. Stöhrer.

Das sollte eine Warnung für die Angefallenen sein, ja nicht ihr Recht vor Gericht zu suchen. Hätte die Direktion den Prozeß verweigert, dann wäre gewiß kein Anschlag erfolgt. Die Handlungswelche der Direktion beabsichtigt weiterer Kritik, sie richtet sich in ihrer Schädlichkeit selbst.

**Transportarbeiter.**

**Breslau.** Eine gut besuchte Versammlung für Speditionskutcher und Arbeiter fand am Sonntag, den 16. Februar, Nachmittags, im Gewerkschaftssaale statt.

Kollege Zimmer hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die wirtschaftliche Nothlage der Speditionskutcher und Arbeiter und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“. Die Zustände in einzelnen Betrieben, namentlich bei den sogenannten „Hürdern“ seien geradezu grauenhaft. Sonntags müssen Wagen geschmiedet, Siede gemacht werden u. s. w. Nur wenn ein Jeder dem Verbände angehören würde, könnte man eine Besserung erwarten.

Nach einer sehr angeregten Diskussion erfolgte Schluß der Versammlung. 12 Kollegen traten dem Verbände bei.

**Breslau.** In einer unserer letzten Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit den Arbeitsverhältnissen bei der Speditionsfirma Johann Kloss. Die Kollegen Schmützing und Hoffmann wurden beauftragt, sich mit dieser Firma bezüglich Stellung verschiedener Mißstände in Verbindung zu setzen, welchen Verlangen die beiden Kollegen auch auf schriftlichem Wege nachgaben. Darauf traf folgende Antwort ein:

„In höflicher Erinnerung Ihres w. Schreibens vom 3. d. Mts. läßt sich in einem kleinen Speditionsgeschäfte eine regelmäßige Arbeitszeit leider nicht einführen, wie ja Herr Schmützing aus seinen langjährigen Erfahrungen in dieser Branche eigentlich wissen mußte.“

Ich werde jedoch jetzt darauf sehen, daß meine Leute bei dem schlagendsten schlechten Geschäftsgang Abends möglichst frühzeitig ihre Thätigkeit einstellen.

Hochachtungsd  
Johann Kloss.“

Wenn man will, dann geht Alles, auch eine Verkürzung der Arbeitszeit der Geschäftsführer; leider ist aber der Wille dazu sehr selten vorhanden. Herr Kloss wird sich mit der Zeit daran gewöhnen müssen, seinen Leuten menschlichere Arbeitsbedingungen zu bewilligen.

**Eisenach.** „Aus dem Juchzen da kommt' ich grad raus“. So können die Kutcher klagen, die das Glück haben, den Dienst des Fuhrherrn Drebes in Eisenach zu tun. Herr Drebes weiß nämlich noch nicht, daß wir heute nicht mehr in den finsternen Zeiten des Mittelalters, sondern bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts leben. Es ist eben noch immer schrecklich dunkel in Eisenach, trotzdem Martin Luther sich schon die größte Mühe gegeben hat, den Eisenachern ein Licht anzuflecken. Das beweist auch die Stallordnung des Herrn Drebes, von der wir hier einige besonders wohlthätigende Stellen zum Besten geben wollen.

„Jeden Sonntag sind die Wiederküppen sauber auszuwaschen, sämmtliche Geißire sauber zu reinigen und wenn nöthig nach Bedarf einzuputzen. Auch sind die Fenster im Stall, Knechtstube und Ställe kammer zu putzen.“

Sonnabend Abend müssen möglichst sämmtliche Wagen zum Wasch gebracht werden. Das Schuttern der Wagen muß Sonntag Vormittags erfolgen. Im Herbst und Winter muß jeder Knecht sein Geschirr bei Dunkelheit erleuchten. Laternen und Oel muß jeder auf seine Kosten beschaffen. Erhält jedoch für Oel eine wöchentliche Vergütung von ganzen 5 denigen Reichsrenten. D. R. Erfaß und Reparaturen müssen auf eigene Kosten der Knechte bestritten werden. (a propos Herr Drebes, wie wäre es, wenn die „Knechte“ auch noch Pferde und Wagen auf eigene Kosten beschaffen müßten? D. R.) Die Polizeivordrücken hat jeder Knecht auf Bewaune zu besorgen. Jeder Knecht trägt die Verantwortung für sein Geschirr der Polizei gegenüber selbst. Sämmtliche Polizeistrafen, auch für Stehenslassen der Wagen während der Nacht, hat der betreffende Knecht allein zu tragen.

Das Anfluchen auf beladene Wagen ist bei schlechten Wegen oder wenn der Weg oder die Straße Steigung hat, streng verboten.“

Die Arbeitszeit dauert für die Knechte von Morgens 4 Uhr bis Abends 8 Uhr selten, bis 9, 10, 11 auch 12 Uhr öfter. Am Sommer beschäftigt Herr Drebes fünf, im Winter nur zwei Kutscher. Diese zwei müssen im Winter die nötigen Pferde und Wagen mitbringen. Sind die Kutscher unterwegs und wollen im Wirtshaus ihren Hunger stillen, so kostet das 50 Pf. bis 1 Mk., falls der Herr Chef sie dabei erwischt. Herr Drebes besorgt das Fahren der Kationen zum Schiefplatz; führt auf den schlechten Wege dahin ein Pferd, dann kostet dies dem Kutscher 2-3 Mart Strafe.

So sind die Zustände, kaum glaublich aber wahr. Der Führer Drebes dünkt sich als Herr und will von der Gleichberechtigung seiner Kutscher als Menschen nichts wissen, sonst würde er diese nicht nach Vater Art „Knechte“ titulieren. Aber sollte diese Ausdrucksweise etwa auf die mangelnde Bildung des Herrn Drebes zurückzuführen sein? Nun, wir haben schon mit so manchem Kämpfer einen Strauß angefochten und können Herrn Drebes nur raten, menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in seinem Betriebe einzuführen, will er nicht, daß wir ihm in der Zukunft noch schärfer auf die Finger klopfen.

**Gerfurt.** Am Fuhrgeschäft des Herrn J. Bachmann Geschäftsführer zu sein, das hat seine Annehmlichkeiten. Bei einem Lohne von wöchentlich 19 Mk. dürfen dort die Kollegen das Nämliche bestimmter Stunden besorgen, denen ein Lust entleigt, der gerüst nicht von Weiden und Kolen herrührt. Die Kollegen sparen folgedessen das Parfum für ihre Kleider, weil deren unheimlicher Geruch ihnen so wie so schon die Leute vom Leibe hält. Dabei müssen die Kollegen ihr bismiden Mittagessen im Stall zu sich nehmen. Einen Mann, in dem sich die Kollegen ordentlich reinigen könnten, stellt der Herr Bachmann nicht zur Verfügung. Die Behandlung, die Herr Bachmann den Geschäftsführern angedeihen läßt, ist der Beschäftigung entsprechend. Trotz dieser miserablen Arbeitsverhältnisse giebt es unter den bei der Firma Beschäftigten noch Kreaturen, die ihre schöne Aufgabe darin sehen, ihre Mitkollegen zu verlasten. Den Lohn dafür werden diese „Mach“-Kollegen schon bekommen, wenn der Herr Bachmann mal ihre Dienste fast, sie ohne viel Federlesen vor die Thüre setzt. Wir sind thatsächlich neugierig, um wie viel sich die Arbeitsverhältnisse noch verschlechtern müssen, bis die Kollegen endlich zur Einsicht kommen, daß sie sich organisieren, dem Verbands anschließen müssen. So schau, sollten die Geschäftsführer des Herrn Bachmann doch schon die Zeit über geworden sein, daß es so wie bisher unendlich weiter gehen kann, wollen sie nicht ganz und gar auf die Stufe des bloßen Arbeitstieres herabinken.

**Gerfurt.** Der Traven Lohn. Genau 3 Jahre sind es her, daß unsere Verwaltungsstelle gegründet wurde. Damals gab's viel Aufregung unter den Kutschern und Geschäftsführern in Gerfurt. Die erste Versammlung war gewöhnlich besucht, die neugegründete Zahlstelle bezog sich auf den besten Dönnungen und den Unternehmern war das Herz in die Hosen gefallen. Sie legten den Kollegen am Lohn zu, eine, zwei, vereinzelt sogar drei Mart pro Woche und stellten dabei nur die eine Bedingung, treue aus dem Verband aus. Und den Kollegen ging es wie Rothhäppchen, sie erkannten den Wolf in Ziegenkleidern nicht und glaubten, die Zeiten der ewigen Sklaverei wären bereits angebrochen. Damals kam man schon an, wenn man etwa behauptete, die Unternehmern würden schon zu gelegener Zeit die Löhne wieder kürzen. Die Gerfurter Unternehmern, das sind so freudige Leute, daß sie niemals ihr gegebenes Wort brechen, so dachten die Gerfurter Geschäftsführer. Doch

Wir gratuliert der Götter Weide,  
Des Lebens ungemächliche Freude  
Ward keinem Irdischen zu Theil!

und folgedessen auch nicht den Gerfurter Geschäftsführern. Vor 14 Tagen hat der Führer, Hausbesitzer und Grundstückspekulant Gottfried Rode seinen Arbeitern 2 Mk. vom Lohne abgezogen. Diese erhalten also jetzt statt 20 nur 18 Mk. Wochenlohn. Die Abzüge wurden mit dem angeblich schlechten Beschäftigung begründet. Rode beschäftigt ständig 10-15 Arbeiter und hat bis zu 10 Pferde im Stall stehen. Er besorgt das städtische Fuhrwerk und schon deshalb kann von einem schlechten Beschäftigung durchaus keine Rede sein. Bei der Leistung der Festungswälle hatte Rode die Absicht besorgt und dabei natürlich auch ein ganz schönes Stück Geld verdient. Es giebt bekanntlich aber Leute, die niemals genug bekommen und zu diesen scheint auch Rode zu gehören. Er, der schwerreiche Mann, genirt sich nicht, seinen armen Teufeln von Arbeitern 2 Mk. vom Wochenlohn zu kürzen. Das ist der Dank dafür, daß die Arbeiter den süßen Worten Rode's lauschen, dem Verbands den Rücken gekehrt haben. Jetzt müssen sie für diese ihre kapitale Dummheit schwer büßen. Sind doch auch sonst die Arbeitsverhältnisse bei Rode nicht glänzender Natur. Nicht einmal ein Mann ist da für die Arbeiter, in dem sie ihr Mittagbrot einnehmen könnten, obwohl es dem vielen Hausbesitzer Rode nicht so schwer fallen könnte, einen solchen zu beschaffen. Aber wie man sich bettel, so schläft man, und so geht es auch Rode's Arbeitern und Geschäftsführern. Die Nacht wird auch diese Kollegen beten lehren und sie wieder dem Verbands zuführen, von dem sie sich hoffentlich nicht mehr länger mit hohen Unternehmerrubensarten fernhalten lassen werden.

**Kollnis.** Was der Verband nicht. Kürzlich trat eine neue Polizeiverordnung in Kraft, deren Artien die Kutscher bereits zu spüren bekommen hatten. Siebzehn Kutscher wurden zur Anzeige gebracht, weil sie vor Wirtshäusern gehalten hatten und mit je 1-2 Mk. Strafmandaten bedacht. Einer unserer Verbandskollegen wurde ebenfalls zur Verantwortung gezogen. Seitens des Verbandes wurde ihm aber Rechtschutz gewährt und er folgedessen vor dem Stößengericht freigesprochen. Daraus können die Kollegen wieder mal ersehen, wie notwendig es ist, dem Verbands anzugehören. Mögen daher die Kollegen die notwendige Konsequenz daraus ziehen.

**Krimtschau.** Beim hiesigen Stadtrath Köhler war sei 1 1/2 Jahren unser Kollege W. beschäftigt. Er hatte schlechte Fäden zu machen und Hausarbeit, wie Stiefel-

pugen, Teppichfloren etc., bei einem Wochenlohn von 18 Mk. zu besorgen. Eines schönen Tages frühstückt W. eben in Gemeinschaft eines Kollegen, als der Sohn des Stadtrathes in die Stube geklimmt kommt und ruff: „Los, los, es sind Kloten da!“ W. wollte noch schnell seine paar Wiffen hinunterbringen, da kam inzwischen schon der zweite Sohn des Herrn Köhler, der wieder eine andere Bestellung hatte. Ein Wort gab das andere und der Sohn war W's sofortige Entlassung, weil er angeblich einem der jungen Herren gegenüber gelacht haben sollte. Also ist wieder ein weiter gewichtiger Grund für die Unternehmern zur Entlassung gefunden, das Lachen, vielleicht wird bei Stadtrath Köhlers auch noch mal das Weinen als Entlassungsgrund angeführt. Ja, ja, Gründe sind bekanntlich billige wie Brombeeren.

**Kelpzig.** In letzter Nummer unseres Fachorgans war auch der Firma Geißler, Fuhrwerks- und Möbeltransportgeschäft in Kelpzig-Connewitz, Erwähnung gelang. Herrn Geißler ist nun auch ein Ausschritt dieser Artz übermittel worden. Darüber allerdings große Enttäuschung. Daß die Neuerungen wie Wummr, Tageleibe und wie die schönen Ergüsse, die dem Gehege der Fühne des Herrn Geißler entfloren sind, nur so spründen, das ist nicht veränderlich; aber ändern läßt sich daran nichts. Das hat ihm auch ein Kollege zu verstehen gegeben. Es ist aber interessant zu erfahren, daß die Familie Geißler in ihrem Gehört nur einen Abort hat, der von Allen bemerkt wird, ca. 20-22 Personen; eine Kutschertube existirt auch nicht u. i. w., das soll hiermit festgestellt sein. Außerdem noch ein schönes Anekdote. In einer Versammlung, einberufen von den kleinen Drochsenbesitzern, war auch Herr Geißler anwesend. Als unser Kollege Sängerglaub — der früher Drochsententlicher war — das Wort zur Geschäftsordnung verlangte, gab Herr Geißler kund: „Wo Kutscher sind, da ist nicht meines Weibens!“ — und er verließ demonstrativ den Saal. Einige nicht schmeichelehafte Worte wurden ihm damals von Seiten der kleinen Wessler nachgerufen. Na, das genirt nicht große Geißler. — Aber wie ist es nun denkbar, daß Herr Geißler sich von seinen Kutschern erhalten läßt? Glaubt er denn ohne die Arbeit seiner Kutscher sich das Alles leisten zu können, was er sich bis dato geleistet hat? Vielleicht giebt uns Herr Geißler bald Aufschluß.

**Pirna a. G.** Nach fast 30jähriger Ruhe des Kirchhofes unter den Kollegen am hiesigen Orte wird es nunmehr auch hier wieder vorwärts gehen. Am Sonntag, den 2. Februar, unternahm ein der Kollege Richter, die Pirnaer Kollegen aus ihrem Winterstall zu erwecken. Bekanntlich bestand bis vor ca. 2 Jahren hier bereits eine gut funktionierende Zahlstelle, durch die die Kollegen auch eine Lohnverbesserung von 1 Mk. pro Woche erhielten. Unbegreiflich war es damals, daß die Kollegen dem Verbands nach und nach den Rücken kehrten. Das Unternehmertum hat sich dieses sofort zu Nutze gemacht und das damals Ingehaltene schon längst wieder zurückgezogen. Herrschen doch gegenwärtig am hiesigen Orte geradezu anarchohille Zustände in den Arbeitsverhältnissen. Die Arbeitszeit geht oft über 18 Stunden hinaus. Der Unternehmern verlangt von seinen Leuten, daß sie um 7 und 8 Uhr abends nochmals nach den Weiden fahren, um eine ganze Steine zu holen, obwohl die Kutscher doch um 4 Uhr früh bereits in den Ställen sein müssen. Im vorigen Winter hat ein Fuhrwerksbesitzer seinen Kutschern den horrenden Lohn von 75 Pf. pro Tag gegeben. Auf dem Gemeindericht sind die Fuhrherren ständige Gäste. Schulvorrichtungen am Fuhrwerk zur Vermeidung von Unfallsfällen sind so gut wie nicht vorhanden. Vor einiger Zeit hätte diese Nachlässigkeit ein Kollege mit seinem Leben, heute heißt es schon, „der Mann ist doch betrunken gewesen.“ Ungezogen am Arbeitsplatz bezogen aber, daß das keineswegs der Fall gewesen ist. Wie leicht ist es doch bei dieser mörderischen Arbeitszeit und der miserablen Beschaffenheit der Straßen, daß Unfälle vorkommen. Aber was stört das die Unternehmern, sie riskieren ihre Knochen nicht dabei. Für die Kollegen muß dies aber ein Ansporn sein, zu sich selbst Vertrauen zu fassen und sich zusammen zu schließen in eine Organisation, denn nur durch diese kann eine Beseitigung der Arbeitsstände, sowie ein menschenwürdiges Dasein erzielt werden. Der Anfang ist gemacht; wir werden nicht ruhen, bis die Organisation auch in Pirna wieder eine Achtung gebietende Macht geworden ist. Einzigkeit und Zusammenschluß muß nun die Lösung sein.

**Kohlenarbeiter.**

**Berlin.** Eine Versammlung der Kohlenarbeiter und Kutscher tagte am Sonntag, den 16. Februar, im Englischen Garten. Kollege Werner referierte über die in letzter Zeit vorgenommenen Lohnreduktionen seitens der Kohlenhändler und hob hervor, daß dies auf einen Beschluß des Vereines derselben zurückzuführen ist. Der Verein hat seinen Mitgliedern ein Zirkular zugehen lassen, laut welchem die Tageslöhne um 25 bis 75 Pf. pro Tag, die Ueberstunden von 40 auf 35 Pf. und die Sonntagsarbeit von 50 auf 40 Pf. pro Stunde herabgesetzt werden soll. Um Alford für Ueberstunden von 200 Gr. 3 Pf., früher 3,50 Mk., für Absenzen von 200 Gr. ebenfalls 50 Pf. weniger. Für das Abwesen in der Stadt früher 2,75 Mk., jetzt 2,50 Mk., auch 2,25 Mk. pro 200 Gr. Nach alledem verlesen es die Kohlenhändler vorzulesen, auf ihre Rechnung zu kommen. Während des guten Beschäftigungs haben sich dieselben auf Kosten der Arbeiter ihre Taschen gefüllt und jetzt bei der schlechten Beschäftigung wagen sie das Risiko auf die Schultern der Arbeiter ab, indem sie einfach auf der einen Seite die Löhne erniedrigen und auf der anderen Seite außerdem noch die Arbeitszeit verlängern. Die Schuld an diesen Zuständen haben sich die Kollegen selbst zuzuschreiben, da dieselben zum größten Teil der Draufschalen den Rücken gekehrt haben. Wollte man die Verhältnisse bessern, dann müßten sich die Kollegen bei Zeiten wieder organisieren und dafür sorgen, daß auch die Mittel zur Fühnung einer Lohnbewegung vorhanden sind. Ganz besonders wurde das Verhalten des Platzmeisters Knorr von der Firma Otto Schüle kritisiert. Als die Arbeiter dieser Firma wegen der Lohnherabsetzung von 24 auf 21 Mk. den Chef persönlich

sprechen wollten, erklärte dieser Herr: wenn Herr Schüle sich bereit unwillkommen liege, würde er doch dafür sorgen, daß nicht mehr als 21 Mk. bezahlt würden. Der Herr Knorr verbietet sogar den Arbeitern, während der Arbeitszeit ihre Rothbüchse zu verrichten und sagt, sie mögen das zu Hause thun.

Nach einer lebhaften Diskussion fand nachschleude Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute im Englischen Garten zahlreich versammelten Kohlenarbeiter und Kutscher Vereines sind entrüstet über die in letzter Zeit vorgenommene Lohnreduktion seitens der Berliner Kohlenhändler. Die Versammelten sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die hier in Frage kommenden Unternehmern, abgesehen davon, daß bei der zur Zeit herrschenden schlechten Beschäftigung schon Hunderte von Kollegen entlassen wurden, auch noch den in Arbeit stehenden, ungeachtet dessen, daß diese ihr volles Arbeitspensum zu verrichten haben, der Lohn um 20 pCt. gekürzt und somit die in Frage kommenden Familien der Noth überlassen haben.“

In Erwägung, daß in Anbetracht der herrschenden großen Arbeitslosigkeit und der zur Zeit schwachen Organisation unter den Kohlenarbeitern dieselben zur Zeit machtlos sind, den Kohlenhändlern eine treffende Antwort zu geben, verpflichten sich die Versammelten, soweit dieselben dem Verbands noch nicht angehören, sich diesem sofort anzuschließen, und im Uebrigen dafür Sorge tragen zu wollen, daß in nächster Zeit jeder Kohlenarbeiter Mitglied des Verbandes wird. Nur dann kann es möglich sein, bei der in nächster Herbst unbedingt wieder eintretenden Konjunktur den verloren gegangenen Lohn nicht nur zurück zu erobern, sondern denselben noch bedeutend zu erhöhen.

Zwecks intensiverer Aktion wurde dann noch eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Mikereit, Karasewitz, C. Starke, Carl Wolff, C. Stettinius, Paul Wolff, C. Wegel, C. Köber, C. Güner und Paul Schoplich gewählt.

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Berlin.** Am 4. März fand eine Sektionsversammlung der Hausdiener statt, in der Genosse Kallist über Handel und Moral einen Vortrag hielt. In der Diskussion sprachen Kaiser und Uthes im Sinne des Referats, letzterer brachte die Zulaube bei der Firma M. Grünfeld zur Sprache, die an anderer Stelle dieses Blattes noch ausführlicher behandelt werden. Der Besuch der Versammlung ließ zu wünschen übrig.

**Bielefeld.** 2. Februar 1902. In der heutigen öffentlichen aller im Fuhrwesen, Expeditions- und Handelsbetriebe beschäftigten Personen sprach Kollege Udm. Demmering aus Ueberfeld über: „Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage und was thut demgegenüber noch?“ Redner erläuterte die Lage des Fuhrmanns von früher und heute. Der Fuhrmann, welcher früher eine Vertrauensstellung bekleidete und frei die Landstraßen beherrschte, ist heute der drangalirte aller Lohnproletarier geworden. Lange Arbeitszeit und sonstige Klacieren außer der Strafe und im Geschäft, sowie schlechte Bezahlung für sehr anstrengende Leistungen, jeder Witterung preisgegeben, vielfach ohne Pausen stifteten diese Kollegen ein trauriges Dasein. Diese Uebelstände zu beseitigen, sei noth. Diese Aufgabe habe sich der Zentralverband gemacht, aber niemals könnte Redner abgeschlossen werden, wie durch den hier bestehenden Fuhrmanns-Verein, welcher den Unternehmern keine Opfer ersetzte. Wohlhabendes Brauo zollten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Es wurde dann beschlossen, daß in nächster Zeit eine weitere Versammlung stattfinden soll. Der Fuhrmanns-Verein wird die Versammlung einberufen und hat sich Kollege Demmering bereit erklärt, das Referat zu übernehmen. Ein Kollege aus diesem Verein hat schon heute dem Zentral-Verband bei.

**Bielefeld.** In der letzten Versammlung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben. Der Kassenbestand betrug 19,22 Mk., Einnahme 51,35 Mk., zusammen 70,57 Mk. Die Ausgabe betrug 3,78 Mk. Kassenunterstützung 25 Mk. An die Kaustasse gezahlt 17,71 Mk., bleibt ein Bestand von 24,08 Mk. Dem Kassier wurde auf Antrag Decharge erteilt. Darauf Schluß.

**Braunschweig.** Auf Veranlassung des zu unserem Verbands gehörigen Feuertücker Koll. Kröpte, unter Mitwirkung unseres Kassiers Koll. Sac, wurden die hiesigen noch nicht organisierten Feuertücker zu einer vertraulichen Besprechung vom Koll. Sac eingeladen, und es war die Mehrzahl erschienen. Koll. Sac begriffte die Anwesenden im Namen des Zentral-Verbands und legte in einem, von allen Seiten mit Beifall aufgenommenen Vortrag den Werth, den Zweck und die Ziele der Organisation dar; ferner ging Koll. Sac zu den traurigen Verhältnissen der hiesigen Feuertücker über und beleuchtete in anschaulicher Weise die hiesigen Verhältnisse und Arbeitsbedingungen der Feuertücker. Unter Anderem kritisierte der Redner das Verhalten des Kontrollmeisters Brauer, wie derselbe die Kollegen tyrannisiere und beschimpfe und den schon künftigen Lohn noch auf jede Weise zu schmälern trachte. Darum forderte Redner auf, daß sich alle Feuertücker in den Verband anschließen lassen sollten, wäre dies geschehen, so würde die hiesige Ortsverwaltung ein Wortchen mit dem Herrn reden und Abhilfe schaffen, dazu ist aber nöthig, daß alle Kollegen dem Verband beitreten und treu und fest zusammenhalten.

In der nun folgenden Diskussion erläuterten noch verschiedene Kollegen die hier in der Feuertücker herrschenden Mißstände, deren Abhilfe dringend befürwortet wurden. Es ließen sich folgende 12 Kollegen aufnehmen, was bei 18 Mann ein gutes Zeichen ist, daß die Kollegen sehen, wie noth ihnen eine Organisation thut. Nach der Aufnahme schlug Koll. Kröpte die Bildung einer Section

vor, wie sie in Leipzig, Hamburg, Köln u. f. w. herrsche, der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Als Sektionsleiter wurde einstimmig Koll. Caspar gewählt, der die Wahl auch annahm. Die Sektionsversammlung findet jeden zweiten Sonntag im Monat statt, und zwar im Hildeheimer Hof bei Koll. Meyer. Als Schriftleiter fungiert Koll. Kröbe. Hierauf trat Schluss der Versammlung ein.

**Breslau.** Verspätet. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der der Jahresbericht gegeben wurde. Unter Hinweis auf die Vorkommnisse wurde betont, daß sich die Mitgliederzahl um etwa 200 erhöht habe. Sie beträgt am Jahreschluss 1116. Des Weiteren wurde die Gründung des Sozialvereins erwähnt und die Erfolge der Gemeintheilung besprochen. Die Gründung der Hausbienen-Sektion und deren Thätigkeit wurde ebenfalls hervorgehoben. Der Kassenbericht für das vierte Quartal stellt sich wie folgt: Einnahme 3187,58 Mk., Ausgabe 2045,11 Mk., so daß ein Kassenbestand von 1242,48 Mk. verbleibt. Nachdem die Revision die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde der Verwaltung Bericht erteilt. Der Bericht über die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Es meldeten sich 104 Arbeitslose, 68 Stellen wurden für sie mit 23 zur Ausschüsse besetzt. Der Durchschnittslohn betrug bei den Hausbienen 13 Mk., bei den Käufern 14,50 Mk., bei Kaufbüchern 5 Mk. pro Woche, für Arbeiter 2,50 Mk. pro Tag. Die Arbeitszeit betrug bei Hausbienen im Durchschnitt 11, bei Käufern 10 1/2 und bei Arbeitern 13 Stunden. Ein Antrag des Kollegen Gotsch auf Aufstellung eines weiteren Vorkaufmanns findet nicht die Zustimmung der Versammlung. Gewählt wurden Koll. Zimmer als Bevollmächtigter, Nibel als Kassierer, als Beisitzer folgt, Krumm, Bienen, Leut und Tropf. Als Revisoren Neubauer, Braunsdorf und Kellner, als Bibliothekar Koll. Bohn, als Kartelldelegierter Buchwald, Jopich, Nibel und Zimmer. Nach einer heftigen Debatte über die Richtigkeit der festgestellten Wahl und Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Cöpenick.** In der letzten Generalversammlung gab der Kollege Habelall den Bericht über die Weihnachtsgesamtheit. Kollege Witz theilte mit, daß im Kartell beschlossen worden sei, eine gemeinsame Bibliothek zur unentgeltlichen Benutzung aller Gewerkschaften zu schaffen. Den Jahresbericht gab Kollege Habelall in ausführlichster Weise. Der Kassenbericht wurde ebenfalls zur Kenntnis genommen. In die Ortsverwaltung wurden hierauf gewählt die Kollegen Habelall und Witz als erster resp. zweiter Bevollmächtigter, Semrau Kassierer, Niddorf Schriftführer, Jander, Großmann und Jodel Revisor, Vahn, Küßla und Kaller Revisoren. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat, Schluss der Versammlung ein.

**Frankenthal.** Generalversammlung am 18. Januar. Fünf Kollegen ließen sich aufnehmen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Erster resp. zweiter Bevollmächtigter Johannes Müller, Ph. Schön, Schriftführer Friedr. Kühn, Kartell-Delegierter Konrad Müller, Revisoren H. Fildner, Th. Wiltlich und Fr. Köhler. Der erste Bevollmächtigte fungiert zugleich als Kassierer. Ueber die Konferenz in Hensladt gab Kollege Siller einen kurzen Bericht. Als Kartell-Delegierter wurde hierauf Müller gewählt. Das Reglement für die Kranken-Unterstützung wurde genehmigt; es werden demnächst 30 Wfg. Wochenbeitrag erhoben. Ferner wurde beschlossen, die Sperrt über das Transportgeschäft von Auer & Kruse bestehen zu lassen.

**Halle a. S.** In der Mitglieder Versammlung referierte Kollege Reichsagsabgeordneter Thiele über den Zolltarif. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und von einer Diskussion abgesehen. Kollege Woesch gab hierauf den Bericht über das Vergütigen im Schützenhaus. Die Einnahmen betragen 78,50 Mk., die Ausgaben 75,55 Mk., jedoch ein Ueberschuß von 95 Wfg. verbleibt. Unter Verschiedenem wurde darauf aufmerksam gemacht, daß den Geschäftsführern der Firma Lippert eine Mark vom Wochenlohn abgezogen worden ist. Es wurde betont, daß, bevor hier der Verband eingreifen könne, sich die Kollegen erst sanft und sanfters organisieren müßten. Folgedessen wurde die Angelegenheit der Ortsverwaltung zur Regelung übertragen.

**Hassel.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am 10. Februar. Auf der Tagesordnung stand: Sozial- und Krankenassenpolitik oder die Verfügung des königlichen Regierungspräsidenten betreffs Ueberweisung der in den Kohlen und sonstigen kleinen Gewerkschaften thätigen, seit Jahren der Allgemeinen Ortskrankenkasse angehörenden Arbeiter zur Ortskrankenkasse 12 und Stellungnahme hierzu. Seitens des Referenten wurde im weitesten Maße Aufklärung gegeben, wonach die Anwesenden übereinstimmend waren, daß durch die betreffende Verfügung des Regierungspräsidenten manche armen Arbeiterfamilien — und deren kommen hier mehrere Hunderte in Betracht — im Falle der Erkrankung des Ernährers in Noth und Elend gerathen und am Hungernde zu nagen gezwungen sind. Sieht man sich die Krankengeldsätze der Allgemeinen Ortskrankenkasse und die der Ortskrankenkasse Nr. 12 an, so muß jedem Laien, man braucht nicht Sozialpolitiker zu sein, klar sein, daß hierbei die kleinste Familie bitter darunter zu leiden hat. Ferner, wenn man bedenkt, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse bei niedrigeren Beiträgen als die Ortskrankenkasse Nr. 12, dann auch noch anfangt wie die letztere 18 Wochen, 20 Wochen Krankengeld in der vollen Höhe leistet, so muß man unwillkürlich zu der Frage obigen, ist es möglich, daß eine Verfügung, wie die obige, ohne die dadurch entstehenden Konsequenzen bedacht zu haben, erlassen werden konnte? Sollte man gar nicht an das Elend, was durch eine solche, der von der Regierung im Reichstage so oft bis in den Himmel ergreifenden Sozialpolitik, direkt entgegengesetzte Versinnung hervorgerufen wird, gedacht haben? Oder soll dieses etwa Sozialpolitik sein? Oder aber, glaubt man vielleicht die lästigen Beamten, welche das Interesse der Arbeiter voll und ganz vertreten, langsam hinauszutreiben,

oder am Ende gar, ohne Rücksicht auf die Mitglieder, die Allgemeine Ortskrankenkasse zu gestricheln, um so am Schluss des Altes die Beamten bloß zu stellen? Nun, sei denn wie ihm wolle, man wird die Rechnung nicht ohne die organisierten Arbeiter zu machen haben. Hiermit hat man den Arbeitern wieder einmal recht deutlich gezeigt, was man für sie als Menschen übrig hat. Wenn ihnen (den Arbeitern) hierdurch nicht die Augen geöffnet werden, dann überhaupt nicht. Der Regierung sei gesagt, daß sie mit solchen reaktionären Maßnahmen alles Vertrauen bei dem Arbeiterland verloren hat. Alles dieses wird seine Früchte tragen zu seiner Zeit. Anstatt mit Noth und Thut zu helfen, wozu man moralisch verpflichtet ist, daß für die Familien der Versicherten noch etwas Besseres, als die Allgemeine Ortskrankenkasse bis heute zu leisten im Stande war, geschaffen wird, kommt man her und sät durch dies und jenes einen solchen Saad, daß die Arbeiter hierdurch ganz enorm geschädigt werden.

Hier ist wieder einmal der beste Beweis erbracht, daß, wenn die Arbeiter zu der Erkenntnis der Selbsthilfe gekommen sind und sich in der That selbst etwas Entschlossen wollen, was zur Hebung der Volkswirtschaft unbedingt beiträgt, so ist es der Regierung, die die sozialpolitische Thätigkeit seitens der freien Arbeiterschaft nicht gerne sieht und überall hemmend, wie oben bewiesen, in den Weg tritt.

Einstimmig wurde beschlossen, die einstimmig angenommene nachstehende Resolution dem Herrn Regierungspräsidenten sowohl wie dem Magistrat unverzüglich zugehen zu lassen, um hiermit zu beweisen, daß die Arbeiter nicht Null haben, ohne Wutren Alles, was man aber für gut befindet, über sich ergehen zu lassen. Sobald Antwort von der kompetenten Stelle zurück ist, wird eine Verammlung zur Entgegennahme derselben einberufen werden.

**Resolution:**

Die heutige Versammlung der Kassierer, Vertreter arbeiter, Kaufbüchern usw. beschließt nach objektiver Prüfung der Frage: Ist eine gesunde Krankenassenpolitik zugleich eine weisse Sozialpolitik? folgendes: In Erwägung:

1. daß die beste Krankenassenpolitik nur eine weitgehende und weisliche Sozialpolitik zur Grundlage haben kann, aus diesem Grunde sich aber die Notwendigkeit erweist, alle auf diesem Gebiete thätigen Kräfte in einer ausgedehnten Zentralisation zu einer einheitlichen Arbeit zusammenzufassen, nicht die Versammlung der Verbände und Missbilligung darüber aus, daß die früher, unter besonderer Protection des Herrn Regierungspräsidenten Graf v. Dönhofs, in Aussicht genommene Zentralisation der hiesigen Ortskrankenkassen, welche durch Er richtung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in die Wege geleitet wurde, seit Kurzem in eine ausgesprochene entgegengekehrte Richtung von Seiten der Ober-Aufsichtsbehörde geleitet wird;

2. daß hierdurch alle Mitglieder, Arbeiter und alle sonstigen in Handelsgeschäften thätigen Arbeiter, welche seit ca. 1 1/2 Jahrzehnt der Allgemeinen Ortskrankenkasse bzw. der Ortskrankenkasse Nr. 11 als Mitglieder angehören, und nun ohne Befragen und Angabe von Gründen der Ortskrankenkasse Nr. 12 für Kaufleute überwiesen worden sind, in ihrer sozialpolitischen Lage beeinträchtigt und materiell schwer geschädigt sind, so durch den Verlust des 1/2 jährigen Krankengeldbezuges, niedrigerer Unterstützung usw., drängt sich den beteiligten Vernehmen die Gewissheit auf, daß es einer Ober-Aufsichtsbehörde nicht ernst damit ist, eine weitgehende Sozialreform aus den Krankenassengebieten zu fördern; vielmehr liegt aus den bisherigen Vorgängen die Vermutung nahe, daß die bisherigen Sozialreformatorischen Vorkommnisse seitens der Ober-Aufsichtsbehörde rückwärts revidiert werden sollen.

Die Verammelten erheben gegen das Vorgehen der Aufsichtsbehörde einschärfenden Protest und fordern von denselben darüber Auskunft: Warum, und mit welchem Recht sind die vorgenannten Arbeiter als zu den Kaufleuten gehörig betrachtet und deren Ortskrankenkasse überwiesen, und dadurch sie, die von allen Wechselsfällen des wirtschaftlichen Lebens am meisten betroffenen Arbeiter, der für sie bisher unter ihrer Mitshilfe günstig gestalteten Ortskrankenkasse entziffen worden?

**Leipzig.** Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielten am Dienstag, den 11. Februar, im Schloß Lindenfels zu Lindenau eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Kahler Berlin über die Kämpfe unserer Kollegen mit dem Unternehmern sprach. Er wies an einer Anzahl Beispiele nach, welche Schmiergeldern zu überwinden waren, ehe der Zentral-Verband auf seinen heutigen Stand gebracht werden konnte. Wenn nicht in allen Kämpfen Vorteile erzielt worden seien, so liege dies an der Schwäche und der Gleichgültigkeit der Arbeiter und nur durch den Beitritt zum Verbands lassen sich Besserungen schaffen. Daß in dieser Beziehung noch viel Arbeit zu verrichten sei, gehe daraus hervor, daß bisher in unserer Organisation nur 6 pSt. der im Verufe thätigen Arbeiter vereinigt sind. Zum Schluss forderte der Redner die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß diese Interessenslosigkeit durch Massenbeiträge beseitigt werde. Hierauf berichtigte Kollege F. Schmidt über die Differenzen bei der Firma Bohne. Nachdem eine Besichtigung der Differenzen, über die in diesem Blatte bereits ausführlich berichtet worden ist, auf gültigen Wege nicht möglich war, sah sich die Organisation veranlaßt, ein Flugblatt zu verbreiten und den Tatbestand ausführlich darzulegen. Das Flugblatt soll nicht ohne Wirkung geblieben sein. Die Diskussion an der sich hauptsächlich die Arbeiter der betreffenden Firma beteiligten, endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution.

**Haber.** Mitgliederversammlung am 11. Februar im Vereinshaus. Die Versammlung wurde um 9 1/2 Uhr mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Die Transportarbeiter und die Gewerbeordnung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Kartellbericht. 4. Sommer-

fest. 5. Verschiedenes. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, verlas Koll. Stelling die Protokolle der beiden letzten Versammlungen, welche bis auf einen kleinen Fehler betreffs einer Ballkarte für richtig befunden wurde. Der 1. Punkt der Tagesordnung fiel wegen des leider sehr schlechten Besuches der Versammlung aus. Aufnahme neuer Mitglieder fand nicht statt. Beim 3. Punkt erstatteten die Kollegen Göt und Demings den Kartellbericht, der vom Koll. Stelling durch Vertiefung der Jahresberichte des Kartells und Sekretariats ergänzt wurde. Beim nächsten Punkt stellte Koll. Düster den Antrag, das Sommerfest am 22. Juni im Vereinshaus stattfinden zu lassen, was auch angenommen wurde. Beim letzten Punkt wurde beschlossen, zwei Versammlungen abzuhalten, zu denen Flugblätter verteilt werden sollen. Ferner wurden den Hilfskassieren 6 pSt. der Arbeitersekretariat-Markte bewilligt. Sodann wurde beschlossen, zu den Mitglieder-Versammlungen Kanjettel zu verbreiten. Zum Schluss fand ein Antrag Stelling's, in denjenigen Geschäften, wo es möglich ist, die völlige Sonntagsruhe einzuführen, einstimmige Annahme. Die Kollegen der betr. Geschäfte sollen zunächst selbst bei ihren Arbeitgebern resp. Geschäftsführern vorstellig werden, abweichenden Falles hat der Vorstand weitere Schritte einzuleiten.

**Nordhausen.** In der am Montag, den 17. Febr., stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche in Aussicht auf die wichtige Tagesordnung nicht sehr zahlreich besucht war, wurden folgende Punkte erledigt. Im ersten Punkt, betr. Krankenunterstützung, wurde beschlossen, dem vom Vorstand vorgeschlagenen ersten Satz ohne Erheben eines Ertragsbeitrages bis auf Weiteres einzuführen. Zum zweiten Punkt gab der Kartell-Delegierte Kollege Strohmeyer Bericht. In der sich anschließenden Debatte wurde die Einrichtung eines Konsum-Vereins einer längeren Besprechung unterzogen, welche darin abfiel, dem vom Kartell gebrachten Vorschlag, die Angliederung an den Salzgar Konsum-Verein betreffend, nicht zuzustimmen zu können. Der dritte Punkt, Aufstellung eines Gewerbegerichts-Beisitzers wurde, wie folgt, erledigt: Bevor zur Wahl geschritten wurde, gab der Vorsitzende über die Einrichtungs- und Zuständigkeits der Gewerbegerichte einige Aufklärungen, welche degewendet, die Anwesenden zu informieren. Die nun folgende Wahl ergab folgendes Resultat zur dritten Gruppe, welche die in den Brennerien, Brauereien und Mälzereien Beschäftigten umfaßt, und ein großer Teil der in diesen Betrieben Beschäftigten zu uns gehören, wurde der Kollege Wilhelm Schönleiter aufgestellt. Da in der achten Gruppe, welcher sechs Beisitzer angehören, nur die Wahl eines Ersatzmannes erfolgt, so wurde als solcher Kollege Wilhelm Schulze gewählt. Wir fordern nunmehr sämtliche in den erwähnten Betrieben Arbeitenden auf, zur dritten Gruppe, Brenner, Brauer, Mälzer, Mann für Mann an der Wahlurne sich rege einzufinden und jede jeder seine Stimme dem von uns aufgestellten Kandidaten, Kollegen Wilhelm Schönleiter. Die zur achten Gruppe (Speicher-, Speicher-, Kellerei-, Galt- und Stadtführer) Gehörigen fordern wir auf, ihre Stimme dem hiesigen August Küster, als Ersatzmann dem Kollegen Wilhelm Schulze zu geben. Zudem wir unseren Kollegen die Gewerbe geben, mit der Wahl der Genannten würdige Vertreter im Gewerbegerichte zu haben, ist es Pflicht jedes einzelnen Wahlberechtigten, seine Stimme den hier angeführten Kandidaten zu geben. Alle näheren Mitteilungen werden vom hiesigen Gewerkschaftsstatell noch bekannt gegeben.

**Nürnberg.** Am 24. Februar fand eine nur mäßig besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Dohler über Organisation und Organisationsformen referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen ebenfalls im Sinne des Referenten aus, worauf Dohler noch mittheilte, wie leicht sich das Bayerische Ministerium die letzten Erhebungen in den Ertragsgeschäften gemacht hatte. Nur bei einigen Kommerzienräthen der Handelskammern seien Ertragserhebungen eingezogen worden, daraus könne man schon ersehen, wieviel Mühsalände ans Tageslicht gezogen worden sind. Zum Schluss forderte Kollege Bauernfeind noch zum Eintritt in den Verband, sowie zum regen Abkommen der Arbeiterpresse auf. Einige Kollegen ließen sich hierauf in den Verband aufnehmen.

**Potsdam.** Mitgliederversammlung am Sonntag, den 16. Februar. Kollege Rein-Berlin referierte über Koalitionsrecht und Arbeiterkassengehe. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Eine kleine Debatte entwickelte sich über den Kartellbeitrag und wurde schließlich beschlossen, pro Mitglied und Quartal 5 Wfg. an das Kartell abzuliefern. Ferner wurde beschlossen, zwecks Kontrolle sämtliche Mitgliederbücher einzuziehen. Die Kollegen werden erucht, diese beim Kassierer Dobromowski, Charlottenstr. 41, abzugeben. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten forderte der Vorsitzende zu reger Agitation für den Verband auf und erreichte die Versammlung damit ihren Schluss.

**Regensburg.** Generalversammlung am 25. Januar. Kollege Kirchberger gab den ziemlich umfangreichen Vorstandsbericht. Danach haben im verfloffenen Jahre stattgefunden: 5 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen, 3 öffentliche und 4 Dienstmannen-Versammlungen. Genosse Schmalzbauer, Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells, hielt hierauf einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung und die Bedeutung der Gewerbegerichte. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: ein Bevollmächtigter resp. zwei Bevollmächtigte Kirchberger und Ernst, Kassierer Hoberger, Schriftführer Wandtscher, Revisoren Geis, Hermann und D. Wasscher, Delegierte zum Gewerkschaftskartell Wldhof und Geis. Erwähnen wollen wir, daß 20 Kollegen seit Weihnachtens arbeitslos sind, bisher aber keine Unterstützung beantragt haben.

**Stettin.** Am Sonntag, den 16. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Unter Verbandsangelegenheiten verlas der Vorsitzende ein Schreiben aus Koburg, in welchem die dortigen Gewerkschaften um eine Unterstützung für ein Gewerkschaftshaus erjuden, die Versammlung beschließt jedoch, abzuwarten, wie sich der

ganze Plan entwickelt. Ferner wurde beschlossen, ein neues Verbands-Spind anzuschaffen.

Des Weiteren ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, den Arbeitsnachweis mehr zu beachten. Hierauf wurde beschlossen, ihn mit wieder in den hiesigen Tageszeitungen zu inserieren, um den Arbeitsnachweis mehr bekannt zu machen. Unter Verhinderung gab die Vollkommmission ihren Bericht. Eine lebhaftige Debatte entspann sich über die Bibliothek; trotz der in jedem Zuge eingeleiteten Bibliotheksordnung behalten die Mitglieder teilweise die Bücher bis zu einem halben Jahr, es wurde daher beschlossen, falls sich ein Kollege weigert, das Strafgebot zu zahlen, so geht er des Rechtes des Leihens auf 1 Jahr verlustig. Ferner schloßerten einige Kollegen die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Hugo Zehnert, Erstes Steintener Fensterreinigungsinstitut der Kaiser-Famung, Geradezu haarsträubende Zustände bestehen dort, zunächst bezahlet der Herr stiftliche Lohne, 10 bis 12 Mark sind an der Tagesordnung, davon geht dann ab Kranken- und Invalidengeld, Schadenersatz, Skantion und diverse Strafen für Vermissen von Stellen. Auf dem Gewerbegericht hat der Herr mit seinen Leuten vielfach zu thun, dort tritt er seiner Würde gemäß selbstbesucht auf, meistentheils fallen die Kollegen mit ihren Forderungen rein. Eine lebhaftige Debatte entspann sich über den neugegründeten Verein der Kaufmannsarbeiter, alle Redner betonten, daß die Gründer noch ziemlich beschränkte Ansichten haben, denn bei gesundem Menschenverstand ist solcher Unsinn undenkbar. Hierauf erfolgte Schluß der sämtlich auf besuchten Versammlung.

**Witten i. d. W.** Generalfamung am Sonntag, den 9. Februar. Kollege Kaiser-Verlin sprach über die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Kassierer Bericht den Vericht vom 4. Quartal. Die Einnahmen betragen 390,24 Mk., denen Ausgaben in Höhe von 254,23 Mk. gegenüberstehen, so daß ein Restbestand von 136,01 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

**Witten i. d. W.** Am Sonntag, den 9. d. Mts., fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, welche sehr schwach besucht war. Zur Tagesordnung stand: 1. Vortrag der Jahresrechnung und Abrechnung derselben. 2. Ernennung eines Bevollmächtigten und Kassierers für das laufende Geschäftsjahr. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab zunächst der Bevollmächtigte einen kurzen Rückblick auf das verstlossene Jahr und wies darauf hin, daß sich der Mitgliederstand fast verdoppelt habe. Am Anfang des verstlossenen Jahres bestand die Zahlstelle aus 34 Mitgliedern, welche sich bis zum Schluß auf 70 erhöht habe. Hierauf trug der Kassierer Kollege Karl Müller den Rechnungsabluß vor, welcher immerhin als ein guter zu bezeichnen war. Die beiden Kollegen A. Jenker und Waldemar Müller, welche die Kasse und Bücher revidiert haben, erklärten, alles in größter Ordnung vorgefunden zu haben und beantragte Vorträge die Nichtspruchung der Jahresrechnung, welches auch einstimmig geschah. Hierauf wurden Vorschläge gemacht zu einem Bevollmächtigten und Kassierer und wurden hierzu als Bevollmächtigte Hermann Prager und als Kassierer Karl Müller wieder bestimmt.

Eine Unterfaffung für einen im Oktober bei der Straßensabau entlassenen Kollegen wurde anernannt. Unter Verhinderung wurde unter anderem beschlossen, in nächster Zeit ein Vergütigen abzuhalten und hierzu eine Kommission ernannt, welche das weitere Arrangement vorbereiten soll. Ferner wurde noch beschlossen, den Stadtrat von Witten zu ersuchen, an alle Gefährtpolizei-Verordnungen unentgeltlich auszuhändigen, auch soll in der nächsten Versammlung ein Vortrag über die Straßensabau-Verordnung abgehalten werden. Trotzdem nun zwar ein ganz günstiger Abbruch zu verzeichnen ist, bleibt immerhin noch ein beträchtliches Stück Arbeit betreffs der Organisierung der hiesigen Kollegen zu bewältigen, auch wäre es sehr erwünscht, wenn sich die Kollegen etwas fleißiger zum Besuch der Versammlungen einfinden wollten. Zum Theil sind aber bedauerlicher Weise auch Kollegen darunter, welche wegen Versammlungsbesuch von Seiten der Arbeitgeber nicht das Geringste zu beschaffen hätten. Also, Kollegen, nicht auf, zum nächsten Geschäftsjahr thue ein Jeder seine Pflicht, damit wir nächstes Jahr mit Stolz behaupten können, unsere Mitgliedschaft habe sich mindestens verdoppelt.

An die

**Mitglieder der Gewerkschaften!**

Werthe Genossen!

Ihren Fachorgan ist ein Flugblatt beigelegt, in welchem die Schäden der Heimarbeit erörtert werden und darauf hingewiesen wird, daß die Heimarbeit eine ungünstige Rückwirkung auf die Lage der in Fabrik, Werkstatt oder auf Bauern beschäftigten Arbeiter ausüben muß. Das Flugblatt hat den Zweck, die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anzuregen, den Kampf gegen die Heimarbeit aufzunehmen und ihn nicht nur den Arbeitern der Verufe zu überlassen, welche unmittelbar unter den nachtheiligen Wirkungen der Hausindustrie zu leiden haben. Es muß in der Gewerkschaftsbewegung als selbstverständlich gelten, daß die Arbeiter eines Berufs in dem Kampfe gegen die ihnen schädlichen Einrichtungen die Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft finden. Aber nicht dieser einfache Grundgedanke der Solidarität allein ist es, der eine Antheilnahme aller Arbeiter an dem Streben, die nachtheiligen Wirkungen der Heimarbeit zu beseitigen, absolut notwendig macht. Das Allgemeininteresse sowie das Interesse des Einzelnen erfordert die Mitwirkung Aller in diesem Kampfe.

Die Aufgabe einer Gewerkschaft darf sich nicht darauf beschränken, für den einzelnen Beruf die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen und damit die körperlichen und geistigen Kräfte der Berufsmembern zu stärken, sondern jede Gewerkschaft muß das Gleiche auch für alle Arbeits-

genossen, gleichviel welcher Branche, anstreben. Das Gesamtwohl der Arbeiterklasse zu wahren, ist Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft.

Versteht noch eine Arbeitsmethode, welche das Gesamtwohl der Arbeiterklasse gefährdet, so müssen die Gewerkschaftsmitglieder einmüthig für Beseitigung dieser Arbeitsmethode, oder mindestens ihrer nachtheiligen Wirkungen eintreten.

Ferner ist es aber ein großer Irrthum, wenn die Arbeiter der Verufe, in welchen wenig oder gar keine Hausindustrie vorhanden ist, meinen, diese hätte keine Einwirkung auf ihre Arbeitsverhältnisse. Darüber müssen wir uns klar sein, daß nur in einzelnen Verufen und Orten vorübergehend eine das Durchschnittsmaß übersteigende Lohnhöhe oder sonstige günstige Gestaltung der Arbeitsbedingungen erreicht werden kann, im Allgemeinen aber die Lohnverhältnisse in allen Verufen sich ausgleichen. Deswegen wird es für die besser organisierten Arbeiterkreise immer schwieriger, ihre Lebenshaltung zu erhöhen, wenn nicht die schlechter gestellten Arbeiterschichten ihnen zu folgen vermögen. Wenn nun die Heimarbeit dahin wirkt, daß in Verufen, in welchen diese Arbeitsmethode fast verstreut ist, die Löhne über ein bestimmtes Niveau nicht hinausstiegen, so muß dies auch ungünstig auf die Lohnhöhe in den Verufen wirken, in welchen es keine Heimarbeit giebt. Nach der Gewerbezahlung im Jahre 1895 gab es 84248 Heimarbeitstätten, in welchen 457984 Personen thätig waren. In den Verufen, in welchen die Heimarbeit lohnbringend wirkt, ist bei dieser großen Zahl der Heimarbeiter an eine nachhaltige Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht zu denken. Die Folge ist, daß auch die anderen Arbeiterkreise nur unter schweren Opfern Lohnaufbesserungen erreichen können und ständig der Gefahr ausgesetzt sind, das Erungene wieder zu verlieren. Das Eigeninteresse eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin erfordert es also, an dem Kampf gegen die Heimarbeit theilzunehmen.

Und schließlich muß die organisierte Arbeiterschaft sich dessen bewußt werden, daß nicht etwa auf Verlangen der Heimarbeiter selbst, sondern wahrscheinlich gegen ihren Willen der Erlaß gesetzlicher Bestimmungen erfolgen wird, welche die gemeinschaftliche Wirkung der Heimarbeit einzuschränken geeignet sind. Die vermeintliche Freiheit des Heimarbeiters, nicht den Bestimmungen der Fabrikordnung sich unterordnen zu müssen, sührt ihn nur unniethlichen Ausbeutung seiner eigenen und der Arbeitskraft seiner Familie. Täuschen wir uns nicht darüber, daß in den Kreisen der Heimarbeiter selbst starker Widerstand gegen die Beseitigung oder gesetzliche Regelung dieser Arbeitsmethode vorhanden ist. Demußt und unbewußt bereiten die Widerstreben der Arbeiterschaft den größten Nachtheil und schädigen die Wohlfahrt des gesamten Volkes auf's Schwerste. Wenn also eine gesetzliche Regelung auf diesem Gebiete herbeigeführt werden soll, so wird dies nur auf Drängen der organisierten Arbeiterschaft oder in Folge des Druckes der öffentlichen Meinung geschehen können.

Nun sind wir der Ansicht, daß die 700000 Gewerkschaftsmitglieder eine Macht darstellen, die von Einfluß sein muß, wenn nur ernster Wille bei dem Einzelnen vorhanden ist. Dieses ernste Streben nach dem einseitlichen Ziel „Beseitigung der Schäden der Heimarbeit“ anzuregen, dazu soll das Flugblatt dienen.

Wir erfinden die Mitglieder der Gewerkschaften, das Blatt nicht nur zu lesen, sondern dann auch die Pflicht, die uns Allen obliegt, mit Geiß zu erfüllen. Zunächst muß jeder Einzelne, nicht nur der Bevollmächtigte oder die Vertrauensperson, bestrebt sein, in seinem engeren Kreise sich über die Heimarbeit — die Art der Arbeitsstätten, die Dauer der Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Ausbeutung der Kinder usw. — zu unterrichten, um so durch eigene Anschauung zu der Erkenntnis zu kommen, daß ein Eingreifen zur Verbesserung der Zustände notwendig ist.

Dat ein Jeder so seine Pflicht erfüllt und es tritt dann die Gesamtheit öffentlich für das als notwendig Erkante ein, so wird unsere Stimme nicht ungehört verhallen.

Arbeite also Jeder zunächst auf engerem Agitationsgebiete und wir werden dann, wenn wir unsere Kräfte vereint gegen das als schädlich Erkante einsetzen, des Erfolges sicher sein.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

**Aus den Gewerbegerichten.**

**Dresden.** Traurige Arbeitsverhältnisse im Drochsenfäherberuf zeigte eine Verhandlung vor dem hiesigen Gewerbegericht. Der Drochsenführer Markus Kluge gegen den Drochsenbesitzer Seidel auf 5,14 Mk. restliche Taxilene, die der Beklagte nicht zahlen will, weil der Kläger trotz Verwarnung wiederholt zu spät zum Arbeitsantritt gekommen sei, ebenso bestreitet er überhaupt, daß der Kläger, der nur einen Wochenverdienst von 120 Mark und 10 Pf. durchschnittlich gehabt haben soll, so viel Taxilene zu beanpruchen habe wie das leider so häufig auf dem Gewerbegericht zu beobachten ist, hat der Kläger keinerlei schriftliche Unterlage für seine Ansprüche mit zur Stelle, und bestritt wohl überhaupt keine. Der Kläger behauptet, die Postgebühren habe den Drochsenführern einen Durchschnittswochenverdienst von 180 Mk. garantiert, und wenn sie den nicht erreichten, sei diese berechtigt, wenn sie auf Prozente fahren, so viel von der abgelaufenen Kasse vorzunehmen, daß dieser Verdienst erreicht werde. Es wurde festgestellt, daß der Kläger in 145 Tagen ganze 112 60 Mk. oder pro Tag etwas über 77 Pf. Prozente verdient hat. Der Vella te, der im Verurtheilte 2 Mk. angeboten hatte, quod dieses Gebot nunmehr trotz des eintreffenden Zurechens des Beklagten, auch noch zurück und bleibt dabei gar nicht zahlen zu wollen. Da eine Einigung nicht möglich ist, werden dem Kläger durch Utheil 1,6 Mk. zugespocht n, wovon er noch 60 Pf. Kosten zahlen muß, während dem Beklagten 40 Pf. aufgelegt werden. Der Vorsitzende führte begründend aus,

daß es als erwiesen gelten müsse, daß der Kläger thatsächlich nur einen Wochenverdienst von 6 Mk. gehabt habe. Das ist ein schwacher Trost für diesen. Der Fall beweist, wie reformbedürftig die Arbeitsverhältnisse im Drochsenführer sind. Reformen werden aber die Drochsenführer nur durch eine thätige, zweckentsprechende Organisation durchsetzen können, und dies ist unser Zentralverband. Zeit wird es nun bald, daß die Drochsenführer sich endlich aufrufen.

**Verchiedenes.**

Am 30. und 31. März d. Js. (erster und zweiter Osterfeiertag) findet zu Magdeburg im Bürgerhaus, Stephansstraße, die **General-Versammlung des Verbandes der Maschinen u. Feiler Deutschlands** statt. Dem Verbande, welchem zur Zeit circa 6500 Mitglieder angehören, ist analog dem Vorgehen anderer Gewerkschaften für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen; außerdem soll eine Reorganisationskommission einberufen, in welcher die verschiedenen Vereine und Filialen in möglichst ungenauer Weise, unter angemessener Erhöhung und Einföhrung von wöchentlichen Beiträgen. Sitz des Verbandes ist in Berlin SO. 33.

**Mittheilungen des Zentralvorstandes.**

Eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes wurde am 26. Januar d. J. in Aktion 1. S. gegründet; als Bevollmächtigter fungirt der Kollege Felix Lindner, Postfach 7. Für Würzburg fungirt als 1. Bevollmächtigter Kollege Johann Reich, Postfach 51, als 2. Bevollmächtigter Kollege Paul Schübel und als Kassierer Kollege Johann Schleumer, Landesaterer 13.

Wir richten das dringende Ergehen an die örtlichen Funktionäre, bei vorkommenden Differenzen mit Unternehmern, Maßregelungen z., uns sofort Mittheilung zu machen, damit wir rechtzeitig die entsprechenden Maßnahmen treffen können. Bestellungen von Agitationsmaterial, Marken z., sind so rechtzeitig zu machen, daß die Expedition mit der Zeitung erfolgen kann. Mit kollegialen Gruß

**Der Zentral-Vorstand.**

J. A. Löw und Schumann, Berlin SO., Gewerkschaftshaus, Engel-ller 15.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sowie Abrechnungen sind an den Kassierer Kollegen Karl Kähler, Berlin SO., Engel-ller 15, einzufenden.

**Litterarisches.**

Das Februar-Heft der „**Dokumente des Sozialismus**“ hat als ersten Artikel eine Abhandlung über August Becker, einen sehr begabten Sozialisten aus der ersten Epoche der sozialistischen Bewegung Deutschlands, der früher und mit größerem Recht als der spätere Oberbürgermeister von Köln den Beinamen der „**rothe Becker**“ trug. Den Aufsatz eröffnet ein bisher ungedruckter längerer Brief dieses Kampfgenosse von Georg Wähner und Wilhelm Wellring an Julius Fiedler in Zürich, der dem Menschen Becker ein würdiges Denkmal setzt; den Schluß bildet ein Stück aus einem 1848 gehaltenen Vortrage Beckers, in dem ein eigenartiges sozialistisches Liebesprogramm entwickelt wird. — Ein zweiter Artikel zeigt den berühmten Arzt und Naturphilosophen des 16. Jahrhunderts, Paracelsus, als Verehrer kommunistischer Grundzüge, ein dritter bringt zwei Artikel aus der Pariser „**Reforme**“ von 1847, die wahrheitsgemäß Friedrich Engels zum Verfasser haben und von denen der zweite die von Feurguis D'Ossiner geführte Landbauarbeiterbewegung der Cantons behandelt. — Als Urkunden des Sozialismus veröffentlichen das Heft das am Vorabend der Februar-Revolution von der Pariser „**Reforme**“ veröffentlichte erste Programm der französischen Sozialdemokraten sowie das aus dem Jahre 1855 stammenden ersten Entwurf eines Programms der russischen (marxistischen) Sozialdemokraten. — Eine reichhaltige Bibliographie von Schriften, die auf den Sozialismus Bezug haben, Angaben über den Inhalt sozialistischer Zeitschriften des In- und Auslandes, Notizen über den Sozialismus in nachsozialistischen Zeitschriften und Anfragen und Nachweise machen den sonstigen Inhalt des interessanten Hefts aus.

Die „**Dokumente des Sozialismus**“ kosten pro Quartal 3 75 Mk. (Einzelheft 1,25 Mk.); kombiniert mit den „**Sozialistischen Monatsheften**“ sind sie zum ermäßigten Preise von insgesammt 4 Mk. pro Quartal zu haben. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteur und Postanstalten (Postzeitungsvertrag Nr. 2060a bezw. 6961a), ferner direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W., Uferstr. 35a. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kasse.) Probehefte kostenfrei durch die Expedition.

**Verammlungs-Anzeiger.**

- Altenburg 3.-2.** Febr. 2. Sonntag im Monat Versammlung.
- Altenburg-Ostern.** Febr. ersten Sonntag im Monat in der Gäßchenstraße 1. Etz. Febr. 2. und 4. Sonntag im Spangardener Hof, Augsburg. Febr. ersten Sonntag im Monat, Radm 8 Uhr, im Café „**de Witten**“.
- Sant-Wilhelmsdamm.** Febr. 2. Sonntag, Radm, Radm. 11. Part. Versammlung in der Henke nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 9 Uhr, in der Bernauer-Gasse bei Saale, in Wand, Grenzstr.
- Wien Bremen.**
- Sachsen.** Febr. ersten Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal Franz Jörn, Oberstr. 7.
- Berlin.** Bureau der Monatshefte Berlin: Gewerkschaftshaus, Engel-ller 15. Febr. Sonntag 4. und 11. 3348.
- Bielefeld.** Febr. zweiten Sonntag im Monat beim Wilhelm Segemann.
- Worms.** Febr. 2. Sonntag im Monat, Radm. 8 Uhr, bei Heller, Kron- und Warenstr. 64c.
- Frankfurt a. M.** Febr. 2. Sonntag im Monat in Winkelstr. 39, Sonntag 39.
- Frankfurt a. M.** Febr. Sonntag nach dem 1. und 15. Uhr, aber für die Monate Febr. bis September jeden Monat nach dem 15. für die Monate Mai bis September jeden Monat nach dem 15. im Monat.
- Bremen.** Alle 14 Tage Sonntag der Da betriebl. (Kondolieren u. s. w.) bei Wegl 1, Uferstr. 12. Febr. 1. Dienstag im Monat der Kollegenbetriebl. bei Wegl 1, Uferstr. 12. Febr. 1. Donnerstag im Monat

